

Preis 10 Pf. monatlich 3.00 M. im voraus zahlbar. Postzug 4.32 M. nicht. Beleggeld. Auslandabonnement 6.— M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentlich zweimal: Donnerstags und Freitags. In den Feiertagen für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, „Illustrierte Beilage“, „Wohlfahrt“ und „Einkauf“, „Berliner Unterhaltung und Witz“, „Frauenstimme“, „Lied“, „Bild in die Väterzeit“ und „Jugend-Vorwärts“.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3  
Bemerkungen: Dönhofs 293-297, Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 87596. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Volkstr. 68. Diskonto-Gesellschaft, Depotkassa Lindenstr. 3

Sonnabend  
3. November 1928

Groß-Berlin 10 Pf.  
Auswärts 15 Pf.

Die einseitige Kampferklärung des Pöbels. „Kleine Anzeigen“ des letztgedruckten Wort 25 Pfennig (zwei seitgedruckte Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stempelgebühr das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnement Seite 40 Pfennig. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 3, montags, von 8 1/2 bis 17 Uhr.

## Noch 450 000!

Zu den bevorstehenden Riesenkämpfen in der Textilindustrie

„Hier werden noch Kriegserklärungen entgegengenommen.“ — Mit dieser Inschrift versehen, sollten im Jahre 1914 zu Beginn des Weltkrieges Tausende und aber Tausende deutscher Eisenbahnwagen mit Truppen gefüllt zur Kampffront. Keiner von denen, die Ursache für die Annahme dieser Inschrift waren, sowie keiner von denen, die diese Inschrift mit Kreide an die Eisenbahnwagen malten, sah die furchtbare Katastrophe kommen, in die das deutsche Volk hineingehert wurde. Die warnenden Stimmen der Einsichtigen fanden keine Beachtung, vielmehr triumphierten die Scharfmacher, die durch die Kriegsstimmung, die sie suggestiv erzeugten, jeden vernünftigen Gedanken erdrückten und keine andere Meinung neben der ihrigen aufkommen ließen.

14 Jahre später erleben wir die Katastrophenpolitik und das Kriegsgeschrei der Scharfmacher des sozialen Krieges, denen kein Wirtschaftskampf groß genug sein kann.

Die Textilgewaltigen, geführt von einer kleinen Gruppe von Scharfmachern, haben beschlossen, alle im Bereich der Kündigungsmöglichkeit gelegenen Tarifbezirke, ohne daß in diesen von der Arbeiterschaft Kündigungen ausgesprochen, nach Forderungen gestellt worden waren, aufzulösen, um damit einen konzentrierten Angriff auf die gesamte deutsche Textilarbeiterschaft und deren Gewerkschaften vorzunehmen. So werden 450 000 Textilarbeiter und -arbeiterinnen demnächst in den Kampf gedrängt. Die Ironie des Schicksals könnte hier genau wie 1914 zu dem Ausdruck auf Seiten der Textilarbeiterschaft führen: „Hier werden noch Kündigungen entgegengenommen.“ Aber die Textilarbeiterschaft ist zu geschickt, sie kennt die schwere Bedeutung eines solchen Kampfes zu genau, als daß sie in die Kraftmeierei von 1914 verfallen könnte.

Die Maßnahmen der Textilgewaltigen werden mit fadencheinigen Argumenten begründet. Wie uns Zuschriften aus dem Arbeitgeberlager bestätigen, überieht man dort die Tragweite der Handlung zurzeit noch nicht. Genau so, wie sie auch im Jahre 1914 die damaligen Reichs- und Gewalthaber nicht übersehen haben. Das Beginnen von 1914 endete mit einer furchtbaren Katastrophe nicht nur für das ganze deutsche Volk, sondern vor allem auch für diejenigen, die diese Katastrophe heraufbeschworen haben.

Fast scheint es so, als ob auch das, was von den Textilgewaltigen zurzeit heraufbeschworen wird, ebenfalls mit einer Katastrophe nicht für die Textilarbeiterschaft, wohl aber für die Textilgewaltigen, enden wird!

Die Maßnahmen der Textilgewaltigen, im Zusammenhang betrachtet mit der Entwicklung der Kämpfe, die durch die Metallindustriellen heraufbeschworen worden sind, sind nicht nur von wirtschaftlicher Bedeutung, sie haben vielmehr den Kreis der Wirtschaftssphäre bei weitem überschritten und starke politische Bedeutung angenommen.

Die Erregung der Arbeiterschaft ist außerordentlich stark. Sehr man in die Riesenversammlungen und in die großen Konferenzen der Arbeiter, die zu den durch die Industriellen aufgeworfenen Problemen Stellung nehmen müssen, dann hört man unzweideutig das Rausen und das Zähneknirschen der großen Arbeitermassen, die sich das rücksichtslose Vorgehen der Industriellen unter keinen Umständen gefallen lassen wollen. Ausprüche von Arbeitern in derartigen Versammlungen wie — „vielleicht ist es die letzte Kündigung, die die Herren da oben ausgesprochen haben“ — u. a. m. dürften die Situation blühartig beleuchten.

Sieht man auf der anderen Seite die Zuschriften mittlerer und kleinerer Industrieller, die dem Deutschen Textilarbeiter-Verband darum bitten, in ihren Betrieben weiterarbeiten zu lassen, da sie sich an der Aussperrung nicht beteiligen wollen, weil sie das Gefühl hätten, daß mit derartigen Maßnahmen die mittleren und kleineren Betriebe vom Produktionsprozeß ausgeschaltet und von den großen Betrieben aufgefressen werden sollen, so kann man unschwer erkennen, welch gewagtes Spiel die Textil-scharfmacher treiben.

Dieser neue Riesenkampf wird heraufbeschworen nicht durch das Verhalten der Arbeiterschaft, sondern durch das Diktat einer kleinen Gruppe von Scharfmachern innerhalb der deutschen Textilindustrie. Der Deutsche Textilarbeiter-Verband, dem diese Riesenkämpfe durch das Textilunternehmertum aufgezungen werden sollen, ist bereit, diese Kämpfe auf der ganzen Front geschlossen aufzunehmen. Er fühlt sich hierzu nicht nur organisatorisch, sondern auch finanziell stark genug. Wenn das Unternehmertum diesen schweren Woffengang will, so soll es ihn haben!

Es ist Katastrophenpolitik, die die Scharfmacher von 1928 treiben. Sie wollen einen allgemeinen Kampf gegen die Arbeiterschaft führen, um sie sozial und politisch niederzudrücken. Die politische Niederlage der Reaktion vom Mai 1928 soll durch einen Generalangriff im Wirtschaftsleben ausgeglichen werden. Die Spuren der Katastrophenpolitik von 1914 sollen die Scharfmacher von 1928 schießen!

## Der englische Arbeiterwahlsieg.

### Überall Gewinn des Proletariats, Verlust des Bürgertums.

London, 2. November. (Eigenbericht.)

Die weiteren Ergebnisse der Gemeindevahlen in England und Wales lassen den Sieg der Arbeiterpartei noch größer als anfänglich erscheinen. Die Gesamtgewinne und -verluste der Parteien stellen sich wie folgt: Arbeiterpartei 226 neu gewonnene Sitze, 42 Verluste, Gesamtgewinn 186, Konservativen 21 neu gewonnene Sitze, 148 Verluste, Gesamtverlust 127, Liberale 25 neu gewonnene Sitze, 52 Verluste, Gesamtverlust 27. 11 Unabhängige haben Sitze neu erobert, während 41 ihr Mandat verloren haben.

In London hat die Arbeiterpartei 58 Sitze gewonnen, 7 verloren, die Konservativen haben 6 Sitze gewonnen, 54 verloren, die Liberalen 13 Sitze gewonnen und 16 verloren. Es ist bezeichnend, daß in London die konservativen Verluste beinahe genau dem sozialistischen Siege entsprechen. Soweit die Arbeiterpartei einzelne Sitze überhaupt verloren hat, ist es beinahe ausschließlich darauf zurückzuführen, daß sich die Liberalen und Konservativen zu einem Wahlbündnis vereinigt

und gegenseitig ihre Kandidaten zurückgezogen haben. Am besten hat die Labour Party in der Londoner Vorstadt Islington abge schnitten, wo sie allein 14 Sitze gewann und ihre Vertretung im Stadtparlament verdreifachte. Außer in Liverpool hat die Arbeiterpartei auch in Lambeth 11 Sitze gewonnen. In Swindon, Leicester, Derby und Notherham hat die Arbeiterpartei die Mehrheit in den Stadtparlamenten gewonnen. Nach den bisherigen Meldungen ist nicht ein einziger Kommunist erfolgreich gewesen.

Ueber das Ergebnis der Gemeindevahlen äußert Ramsay MacDonald seine Auffassung dahin, die Resultate seien ein deutlicher Stimmungsmesser, in welcher Richtung sich die öffentliche Meinung bewege. Philipp Snowden bezeichnet die Siege im Londoner Stadtgebiet als ganz außerordentlich; er könne sich nicht entfallen, daß die Arbeiterpartei niemals in der Vergangenheit bei kommunalen Wahlen so erfolgreich gewesen sei. Die Konservativen bemühen sich, das Wahlergebnis als politisch bedeutungslos hinzustellen.

## Die Scharfmacher in der Sackgasse

### Feststellungsklage eingereicht — Gegenklage der Gewerkschaften.

Die Unternehmer der nordwestlichen Gruppe haben sich nach einer Wolff-Meldung gestern zu einer Aussprache über die augenblickliche Lage in Essen versammelt. Nach derselben Meldung warten die Unternehmer auf den Ausgang der Beratungen der Spitzenorganisationen der Gewerkschaften, die angeblich gestern in Berlin stattgefunden hätten. Nach einer anderen Meldung sollen die Spitzengewerkschaften beim Reichsarbeitsminister vorstellig geworden sein. Die Spitzenverbände waren in Berlin nicht versammelt und folglich auch nicht beim Reichsarbeitsminister. Nur die Bezirksobleute des Deutschen Metallarbeiterverbandes haben über die Situation dem Hauptvorstand Bericht erstattet. Auf die Feststellungsklage der Unternehmer, die beim Arbeitsgericht in Essen anhängig gemacht worden ist, werden die Gewerkschaften mit der Gegenklage auf Schadenersatz antworten.

Die Schwerindustriellen haben sich reichlich spät versammelt, um zur Situation Stellung zu nehmen. Durch die Aussperrung haben sie sich in eine Sackgasse verirrt. Sie halten jetzt nach einem Ausweg Ausschau und scheinen die stille Hoffnung zu haben, daß die Gewerkschaften den Unternehmern die rettende Hand reichen werden. Die Unternehmer wissen sehr gut, daß

ihre Feststellungsklage nicht die mindeste Aussicht

hat. Sie wissen sehr gut, daß der Schiedsspruch infolge der Verbindlichkeitserklärung einen Tarifvertrag darstellt, daß die Aussperrung ein glatter Tarifbruch ist und daß die Arbeitsgerichte bis hinauf zum Reichsarbeitsgericht die Unternehmer zur Zahlung der Tariflöhne und zum Ersatz des Schadens sowohl an die Gewerkschaften wie an die organisierten Arbeiter verurteilen werden.

Das wissen die Unternehmer und mühten dies schon vor der Aussperrung wissen. Rechtliche Fragen werden in jedem Kulturlande auf dem Rechtsweg

ausgetragen und nicht durch Rechtsbruch. Das kann in der deutschen Republik nicht anders sein als anderwärts. Das kleine Gremium von Scharfmachern, das nach der Verbindlichkeitserklärung die Anweisung gegeben hat, „den Dingen ihren Lauf zu lassen“, das heißt die Aussperrung durchzuführen, hatte zweifellos auch dauern mag, wann immer die Unternehmer der Schwerindustrie wieder die Tore ihrer Betriebe öffnen werden, nichts kann die Schwerindustriellen vor der Niederlage retten.

Man fragt sich immer wieder, was denn die Unternehmer in der Schwerindustrie, die jene verhängnisvolle Anweisung gegeben haben, sich dabei gedacht haben mögen. Konnten sie ernsthaft glauben,

durch einen Gewaltakt Recht

zu schaffen? Oder bildeten sie sich etwa ein, daß sie das Schlichtungsweisen in die Luft sprengen würden, wenn sie

sich weigern, die rechtlich unanfechtbare Verbindlichkeitserklärung zu misshandeln?

Sie konnten natürlich den Versuch machen, den durch die Verbindlichkeitserklärung geschaffenen Tarifvertrag zu misshandeln und die Lohnhöhung nicht zur Durchführung zu bringen. Nach einigen Tagen oder Wochen würden sie allerdings durch Urteil der Arbeitsgerichte eines anderen befehrt worden sein.

Die Aussperrung ändert an dieser Rechtslage gar nichts und kann nichts daran ändern.

Wollten die Unternehmer aber das Schlichtungsweisen, wie es jetzt besteht, abändern, dann stand ihnen der Weg an die Gesetzgebung offen. Gelegt den durchaus unwahrscheinlichen Fall, der Gesetzgeber läßt sich von der Schwerindustrie einschüchtern und ändert das Schlichtungsverfahren nach den augenblicklichen Wünschen der Schwerindustriellen. Wir sagen, nach den augenblicklichen Wünschen, denn in der Vergangenheit war den Schwerindustriellen wie den Unternehmern im allgemeinen die Verbindlichkeitserklärung sehr oft herzlich willkommen. Sie haben sehr oft einen scharfen Druck auf die Schlichtungsinstanzen ausgeübt, um die Verbindlichkeitserklärung von Schiedssprüchen zu erwirken. Die Unternehmer werden das auch in der Zukunft noch oft so machen. Gelegt den Fall aber, der Gesetzgeber kriecht vor den Schwerindustriellen zu Kneze und ändert entsprechend des Schlichtungsverfahrens. Eine solche Änderung hätte aber keine rückwirkende Kraft. Nichts könnte selbst in diesem Falle die Arbeitgebervereinigung der nordwestlichen Eisenindustrie davor bewahren,

zur Zahlung der Tariflöhne und zum Ersatz des Schadens verurteilt zu werden.

Dieser Schaden erstreckt sich freilich keineswegs allein auf die Löhne. Die Unternehmer haben wohl in der Öffentlichkeit behauptet, daß sie materiell nicht in der Lage wären, die Lohnhöhung zu tragen. Sie haben dabei von den hohen Gesetzgebungskosten geredet. Sie haben sich aber wohl gehütet, irgendwelche kontrollierbare Zahlen mitzuteilen. Diese Tatsache, verbunden mit der Weigerung der Unternehmer, durch eine Kommission die Gesetzgebungskosten nachprüfen zu lassen, beweist an sich schon, daß die Aussperrung sich auch wirtschaftlich nicht rechtfertigen läßt. Wenn man roh rechnet, und zwar auf Grund der Löhne und bei der Annahme, daß im Durchschnitt der Lohnanteil etwa 20 Proz. des Preises ausmacht, dann erhält man für die nordwestliche Eisenindustrie einen jährlichen Produktionswert von rund 4 Milliarden oder wöchentlich rund 80 Millionen. Da die Lohnhöhung in einem ganzen Jahr etwa 25 Millionen ausmachen würde, so beträgt

der Produktionsausfall einer Woche mindestens soviel, wie die gesamte Lohnhöhung in drei Jahren

betragen könnte. Zu dem Ausfall der Produktion kommt aber noch der Verlust an Absatzmärkten, der um so größer sein wird, je länger der Kampf dauert. Zu diesen Verlusten kommen für die Unternehmer noch die Verluste, die ihnen daraus erwachsen, daß sie die Gehälter der Angestellten weiterzahlen, den ausgesperrten Ar-



leitern den Verlust durch die entgangenen Löhne zahlen, den Gewerkschaften den erlittenen Schaden ersetzen müssen und schließlich dadurch, daß die Betriebe instand gehalten werden müssen und daß das Kapital, das darin investiert ist, zinslos bleibt. Wie man die Rechnung also auch aufstellen mag: es kann

für die Unternehmer nur eine schwere Verlustrechnung werden.

Oder wollen die Unternehmer die Gewerkschaften niederschnüppeln? Der Deutsche Metallarbeiterverband hat im 3. Vierteljahr 28.000 Mitglieder gewonnen und hat heute 910.000. Seit der Kriegserklärung strömen die Unorganisierten dem Verbande zu. Heute ist es geradezu durch die Aussperrung jedem Unorganisierten klar, daß er ohne die Gewerkschaft hilflos der Willkür der Unternehmer preisgegeben ist.

Nun wird in der Presse behauptet — und daß diese Behauptungen von den Unternehmern lanciert werden, liegt auf der Hand —, daß zwischen Unternehmern und Gewerkschaften bereits Verhandlungen angebahnt worden seien. Wir können bestimmt versichern, daß diese Behauptungen und Vermutungen nicht zutreffen. Selbstverständlich sind die Gewerkschaften jederzeit bereit, mit den Unternehmern über die Wiederaufnahme der Arbeit in Verhandlungen zu treten. Aber ebenso selbstverständlich ist es, daß die Wiederaufnahme der Arbeit nur auf der Grundlage des durch Verbindlichkeitsklärung geschaffenen Tarifvertrags für die Sozialdemokratie völlig undiskutabel.

## Die wirtschaftlichen Folgen.

Essen, 2. November.

Wie aus Dortmund berichtet wird, haben die beiden Zechen Kaiserstuhl I und II (Eisen- und Stahlwerke Hoeh A. G.) und Tremonia (Bereinigte Stahlwerke A. G.) bereits am heutigen Freitag wegen Abwinkels Fehlerschichten einlegen müssen. Die Bergbauverwaltung der Vereinigten Stahlwerke in Essen wird für Kohle eine Fördereinschränkung im Ausmaß von 50 Prozent und eine Einschränkung für Gase im Ausmaß von 60 Prozent vornehmen.

Die Maßnahmen der Nordwest-Gruppe werden sich aber auf die Siegerländer Eisenindustrie insofern auswirken, als diese Industrie infolge der Aussperrung unter Abwinkelmangel leiden wird. Tatsächlich hat sich die Aussperrung bei den Siegerländer Gruben dahin bemerkbar gemacht, daß für diese heute schon keine Abnahmefähigkeit mehr besteht und die großen Halbenvorräte immer mehr anwachsen. Infolgedessen haben sich die Vereinigten Stahlwerke genötigt gesehen, alle Belegschaften der ihnen gehörenden Gruben mit vierzehntägiger Frist zu kündigen. Auf diesen Gruben sind etwa 4000 Arbeiter beschäftigt. Auch die anderen Gruben des Siegerlandes werden Stillstand oder Fehlerschichten einlegen müssen.

## Zu spät!

### Die Unternehmer berufen sich auf das Recht.

Die Unternehmer der nordwestdeutschen Metallindustrie fühlen sich bemüht, gegen die Begründung der Verbindlichkeitsklärung des Schiedsspruches zu polemisieren. Sie tun dies mit der gewohnten Ueberheblichkeit, ohne irgendwelche ziffermäßigen Angaben für ihre Behauptungen zu erbringen. Zum Schluß heißt es da:

„Die Richtigkeitserklärung ist seitens des Arbeitgeberverbandes bereits eingereicht. Es dürfte sich empfehlen, die Entscheidung der Arbeitsgerichte zunächst in Ruhe abzuwarten.“

Zunächst in Ruhe abwarten? Nach der vollzogenen Aussperrung? Zu spät! Die Unternehmer hätten da beginnen müssen, wo sie jetzt enden.

## Börsenstimmung gegen Eisenherren.

### Ruhraktien steigen. — Börse erhofft baldiges Kampfsende.

Es ist beachtenswert, wie sich die Berliner Börse zum Eisenkampf verhält. Vorgestern, am Tage des Kampfsausbruchs, erfolgte natürlich ein Baillseleinbruch. Gestern dagegen war auf der Börse bereits die zuverlässigste Meinung verbreitet, daß der Kampf bald beendet werde. Man sprach sogar davon — das ist natürlich Unsinn —, daß am kommenden Montag schon wieder gearbeitet werde.

Jedenfalls risgen gestern die Aktienkurse von Klodner, Hoeh und Mannesmann um 1 1/2 bis 1 3/4 Proz. und Bereinigte Stahlwerke blieben „fest“. Sehr interessant ist die Meldung, daß die Kursbesserungen teilweise auf Käufe aus dem Rheinland zurückzuführen sind.

Es sieht so aus, als ob die Börse die Chancen der Unternehmer nicht sehr hoch einschätzt und daß vor allem die Bank- und Finanzkreise des Kampfgebietes selbst an eine lange Kampfdauer nicht glauben können, die die Kurse der Ruhraktien natürlich drücken müßte.

Wir finden, daß dieses Urteil der Börse über die Kampfschancen der Unternehmer nicht sehr freundlich ist. Wir glauben aber, daß es den Tatsachen entspricht.

## Madjarischer Presseterror.

### Die Ausweisung des Wlstein-Korrespondenten.

Die Redaktion der „Bosnischen Zeitung“ erhält folgende Erklärung:

„Zur Begründung der Ausweisung des Budapest Korrespondenten der „Bosn. Ztg.“ Bruno Heilig durch die Budapest Staatspolizei hat das amtliche ungarische Telegraphen-Korrespondenz-Bureau angeführt, daß Heilig seit längerer Zeit durchaus systematische Gehässigkeit betundet habe. Zum Beweise dafür werden Berichte Heiligs über die jüngsten Demonstrationen in Budapest herangezogen.“

Demgegenüber ist festzustellen, daß die Berichterstattung Heiligs sich während der ganzen Zeit seiner Tätigkeit in durchaus sachlichem Rahmen hielt. Seine Meldungen über die Budapest Demonstrationen deckten sich vollkommen mit dem, was ungarische Blätter darüber veröffentlichten, und was auch das BWA gemeldet hat. Die Ausweisung Heiligs kann nach der Ueberzeugung der Redaktion nur darauf zurückzuführen sein, daß die Budapest Staatspolizei in der Person unseres Korrespondenten einen Mann ausweisen wollte, dessen wahrheitsgemäße kritische Berichterstattung ihr unangenehm war.

Die Redaktion der „Bosn. Ztg.“ sieht in dieser Ausweisung eine Bedrohung der Freiheit internationaler Berichterstattung und erwartet die Unterstützung der gesamten Öffentlichkeit in ihrem Kampfe gegen diese Bedrohung der Meinungsfreiheit.“

# Deutschlands Standpunkt erfolgreich?

## Ein Erfolg der neuen Pariser Reise Parker Gilberts.

Paris, 2. November.

Wie die *Zf.* aus sicherer Quelle erfährt, steht es nunmehr fest, daß die französische Regierung sich nicht mehr der deutschen Auffassung widersetzt, daß als Sachverständige für den Sachverständigenausschuß zur Regelung der Reparationsfrage unabhängige Finanzsachverständige ernannt werden, d. h. solche, die nicht der Beamtenhaft angehören. Als voranschickliche französische Vertreter in der Kommission werden der Gouverneur der Bank von Frankreich, Moreau, der Direktor der Bank Lazard Frères und frühere Direktor für Handelsabkommen im Handelsministerium Serenus und der Abteilungschef der Finanz an der Banque de Paris et de Pays Bas, Jacques Schoups, früherer Direktor für Handelsangelegenheit im Außenamt genannt.

### Beforgnisse der französischen Nationalisten.

Paris, 2. November. (Eigenbericht.)

Parker Gilberts neue Reise nach Paris ist der französischen Öffentlichkeit vollkommen unerwartet gekommen, nur Bertinaz im „Echo de Paris“ zeigt sich über das Ereignis bereits unterrichtet und er stößt sofort einen Warnruf aus. Parker Gil-

bert sei sicherlich nach Paris gekommen, um ein Kompromiß in der Frage der Revision des Dawes-Planes vorzuschlagen. Nach der ganzen Lage der Dinge aber könne dieses Kompromiß nur auf Kosten Frankreichs ausfallen. Man wisse aus den offiziellen Erklärungen Deutschlands genau genug, daß Deutschland nicht nur die Räumung des Rheinlandes, sondern auch eine merkliche Ermäßigung seiner Schuldentilgungen erwarte. Wenn man die Beträge der interlokierten Schulden abbühre und dazu auch noch Frankreichs Wiederaufbaukosten rechne, ergebe sich eine Summe, die durch die bisherige Dawes-Annullität von 25 Milliarden knapp gedeckt würde. Nun wolle aber Deutschland nach der Reform des Dawes-Planes nur noch 1,5 oder höchstens 1,75 Milliarden zahlen, deshalb soll also Frankreich wiederum nachgeben. Dazu komme noch, daß gewisse Anzeichen vorlägen, als wolle England die kürzlich abgeschlossene Einheitsfront zwischen London und Paris wieder verraten. England wolle nämlich als seinen Vertreter in der Sachverständigenkommission Sir Josiah Stamp ernennen, einen Mann, der imstande sei, sich wirklich als unabhängigen Sachverständigen aufzuführen und die Schiedsrichterrolle zwischen Frankreich und Deutschland zu übernehmen. Wenn er dazu auch noch von einem amerikanischen Delegierten in dieser Aufgabe unterstützt würde, dann habe Deutschland wieder einmal die besten Aussichten, mit seinen Ansprüchen durchzubringen.

# Straßenkämpfe in Lemberg.

## Revolverkampf zwischen Polen und Ukrainern.

Wir haben erst vorgestern anlässlich des Attentats eines Ukrainers im polnischen Generalkonsulat Prag auf die stets attentatschwangere Hochspannung in Ostgalizien hingewiesen, wo die Okkupationsmacht Polen die ukrainische Volksmehrheit gewaltsam zu polonisieren sucht. Das Prager Attentat hat tags darauf ein stürmisches Nachspiel in der ostpolnischen Hauptstadt Lemberg gefunden. Darüber wird aus Warschau berichtet:

In der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag hatten unbekannte Täter beim Denkmal zur Erinnerung an die Verteidigung Lembergs gegen die Ukrainer in der Nachkriegszeit eine Petarde zur Explosion gebracht, die jedoch nur ganz unbedeutenden Schaden anrichtete. Bei darauffolgenden Demonstrationen der polnischen nationalen Studenten entwickelte sich zwischen ukrainischen und polnischen Studenten und Polizei ein gewalttätiger Kampf, in dem

### 200 Schüsse gewechselt und allein 18 Polizisten verwundet

murden. 22 Ukrainer sind verhaftet worden. Um 8 Uhr abends zog dann eine Volksmenge in die ukrainische Straße, wo sie das Gebäude der ukrainischen Gesellschaft „Prosvita“, die Redaktion der ukrainischen Tageszeitung „Dilo“ und das Bureau der ukrainischen Berschierungsgesellschaft Dniker mit Steinen beworf. Sie drang in den ersten Stock des Gebäudes ein und warf Druckerei-

einrichtungen und Teile der zerstörten Maschinen zum Fenster hinaus. Erst um 10 Uhr abends machte die Polizei den Ausschreitungen ein Ende. Insgesamt wurden bei den Ausschreitungen ungefähr 70 Personen verletzt, 60 Ukrainer, die im Lokal der ukrainischen Genossenschaft Centrosojus berieten, um, wie von polnischer Seite behauptet wird, eine Vergeltungsaktion für den kommenden Tag zu organisieren, wurden verhaftet und unter starker Eskorte in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert.

„Ostpreß“ meldet: Schnelle ärztliche Hilfe versorgte 80 Verwundete, mindestens ebensovielen Verletzte haben sich nicht in ärztliche Behandlung begeben. Polizei und Garnison haben höchst Warmbereitschaft. Zurzeit herrscht Ruhe. Die ukrainischen Sejmabgeordneten Bemyskyj und Lutzkyj haben beim Polizeipräsidenten interveniert. Die polnische Presse will der geheimen ukrainischen „Widerorganisation“ die ganze Schuld zuschieben. Ferner berichten die polnischen Blätter, daß auch in der Provinz in verschiedenen Ortschaften die zur Erinnerung an die Kämpfe von 1918 errichteten polnischen Denkmäler beschädigt worden seien. Einige polnische Zeitungen behaupten, daß im Lemberger ukrainischen Studentenhaus Schußwaffen und Munition gefunden worden seien. Gegen die Schuld der Ukrainer an den Tattaten spricht aber die Tatsache, daß die Polizei nur 10 Verhaftungen vorgenommen hat.

## Stahlhelm-August!

### Stahlhelmvollsbegehren für einen Hohenzollernpräsidenten

Das Stahlhelmvollsbegehren ist bis nach Belhachten verlagert. Herr Hugenberg, der dahinter steht, will nicht als neuer Führer der Deutschnationalen mit einer ausgewachsenen Pleite anfangen. Wir müssen uns also in Geduld fassen, aber die Wartezeit wird sich lohnen. Es wird sehr schön werden. Zu den bekannten Stahlhelmsforderungen zur Verfassungsänderung gehört ein Reichspräsident nach dem Herzen des Stahlhelms. So wie zu einer richtigen monarchistischen Bewegung ein richtiggehender Präsident gehört. Den monarchistischen Präsidenten haben die Kaisertrauen glücklich in der Person des ältesten Sohnes des Extronprinzen gefunden, aber wie steht es mit dem Reichspräsidenten nach dem Herzen des Stahlhelms?

Der brandenburgische Landesoberhandsführer Schrader des Stahlhelms hat in einer Rede am 21. Oktober ausgeführt:

„Glaubt man denn wirklich, daß der Stahlhelm so töricht sein würde, einem internationalen Präsidenten die geplanten Vollmachten zu übertragen? Es steht vollkommen in unserer Macht, den Völkerscheid zu dem Zeitpunkt durchzuführen, wo die Gewähr gegeben ist, daß wir einen nationalen Reichspräsidenten an die Spitze des Reiches stellen. Darum ist das Vollsbegehren nicht anderes als ein Vorspiel der nächsten Präsidentenwahl.“

Wir müssen einem Präsidenten, der von den nationalen Massen gewählt wird, andere Vollmachten in die Hand geben, als sie die heutige Verfassung geben will. Wir kämpfen also für einen nationalen Präsidenten mit nationalen Vollmachten!

Der Kampf beginnt mit dem Vollsbegehren. Das Vollsbegehren soll Unruhe im Volke stiften. Wir dürfen Deutschland nicht wieder zur Ruhe kommen lassen. Die Tage, in der wir uns befinden, gleich der vom 21. März 1918, als die erstarrte Westfront nach langen Jahren wieder in Bewegung gesetzt wurde und die Stoßtruppen der Besten vorangingen, gegen gewalttätige Uebermacht zu kämpfen. Es gibt für uns kein Zweifeln, es gibt für uns nur das Vertrauen zu uns selbst und zur Führung. Es gibt für uns nur noch Angriff!“

Der Herr hat den Mund sehr voll genommen und sehr viel Selbstvertrauen markiert, fast ebenso stark wie die Kommunisten vor ihrem berühmten Vollsbegehren. Er läßt jedoch einwandfrei erkennen, daß das Stahlhelmvollsbegehren den Beginn der Wahlkollation für die nächsten Präsidentenwahl darstellt. Nun sind bis zum Ablauf der Präsidentenwahl Hindenburgs immerhin noch vier Jahre. Das nennt man doch früh anfangen! Hindenburg kommt für den Stahlhelm natürlich nicht in Betracht. Er ist nicht der richtige nationale Mann für die nationalen Vollmachten. An seiner Stelle hat der Stahlhelm einen Besseren gefunden. Es ist weder Herr Seide selbst, noch Herr Düsterberg, weder Herr Luther, der jede Gelegenheit demütigt, um sich für kommende Präsidentenwahlen in Erinnerung zu bringen, noch Herr Hugenberg. Es ist — — — der Prinz August Wilhelm. Der „Jungdeutsche“ hat, wenn auch in fragender Form, das große Geheimnis verraten. Prinz August Wilhelm, der bei allen Aufmärschen des Stahlhelms in den Vordergrund geschoben wird, ist der Mann!

Hell ihnen, nun haben sie nicht nur einen Präsidenten aus

dem Hause Hohenzollern, sondern gleich auch noch einen Präsidentenwahlkandidaten! Schade, schade, daß dies Vollsbegehren zunächst vertagt ist. Ein Vollsbegehren für Erweiterung der Rechte des Präsidenten mit einem Hohenzollernprinzen als Präsidentenwahlkandidaten in der Rückhand, wir gestehen, dies Schauspiel können wir kaum erwarten. Aber vielleicht hat die Vertagung doch ihr Gutes. Das Vollsbegehren gerät damit in die Nähe eines außerordentlich passenden Zeitpunktes. Wie wäre es mit diesem Vollsbegehren zu Fastnacht?

## Magistrat gegen Republik.

### Konflikt um das Ebert-Denkmal in Danabrück.

Der Magistrat der Stadt Danabrück weigert sich seit Monaten, ein Denkmal in den Schutz der Stadt zu nehmen, das dort für Ebert, Erzberger und Rathenau errichtet worden ist.

Die sozialdemokratische Fraktion hat nunmehr eine Anfrage an den Magistrat gerichtet, in der sie um Auskunft über die Gründe für seine Weigerung erlucht, worauf der Oberbürgermeister erklärte, daß das Reichsbanner, auf dessen Initiative hin das Denkmal errichtet worden ist, eine parteipolitische Organisation sei, der Magistrat jedoch neutral bleiben müsse! Als die Sozialdemokraten nun mit Unterstützung von Demokraten und Zentrum eine nachträgliche Uebernahme des Denkmals durch die Stadt beantragten, weigerte sich der Oberbürgermeister über diesen Antrag abstimmen zu lassen. Als dann über die Zulassung der Abstimmung Beschluß gefaßt wurde, ergab sich eine Mehrheit für die Abstimmung, während der Magistrat dagegen stimmte.

Es wird notwendig sein, über diesen Differenzbescheid eine Entscheidung herbeizuführen. Die überwiegend republikanische Bevölkerung der Stadt Danabrück ist über die Haltung des Magistrats empört.

## Keine Erhöhung der Umsatzsteuer.

Die Forderung einer demokratischen Korrespondenz, daß neuerdings im Reichsfinanzministerium ermogent wird, zum Ausgleich des kommenden Reichshaushaltes eine Erhöhung der Umsatzsteuer vorzunehmen, entspricht nach unseren Informationen nicht den Tatsachen. Im übrigen wäre eine Erhöhung der Umsatzsteuer für die Sozialdemokratie völlig undiskutabel.

Jahrestage nicht Jahrestage. Unteren Sehern ist das Luben-dorffsche Rauberschiff nicht gefällig. Romenlich ist das Urgründer Abraham Weiland ererbten hebräischen Sprachkenntnis des großen Genetals haben sie unterschätzt und in ihrer Herzogenheit aus den mühsam durch Quereinnehmer errechneten mühsigen „Jahrestagen“ harmlose „Jahrestage“ gemacht. Was wir hiermit laut berichtigten, um nicht „das schändliche Verleugern des stummen Hundes“ zu begehen.

Die Bestrebende in der hiesigen Provinz Schanzl bräutet sich weiter aus. In den letzten zehn Tagen sind der Best 8400 Menschen zum Opfer gefallen.



# Märkische Seeromantik.



Die norddeutschen Seen umgeben nicht die hohen Felswände der süddeutschen Bergseen, für die bescheidenen landschaftlichen Schönheiten an den Ufern unserer Seen entschädigt uns aber das intimere Verhältnis zu den Gewässern. Der Wald tritt an das Wasser heran. Im Schilf verbergen wir uns, wenn wir den Fischen mit der Angel auslauern, und auf dem warmen Sande lagern wir uns, wenn wir nach dem Bade den Füßen entschliefen sind.

Die rasch fortschreitende Besiedlung des Landes durch Stadtbewohner droht diesem ungenutzten Verkehr ein Ende zu bereiten. Deshalb muß es begrüßt werden, daß einsichtige kommunale Körperschaften die Interessen der Allgemeinheit schützen. Mit diesem Schutze kann die Erschließung Hand in Hand gehen. Besonders wichtig ist die Frage für den Verkehr privater Ruderboote auf den Seen, denn ja vielfach die wirtschaftlichen Interessen der Fischerei entgegenstehen. So ist einer der größten und schönsten Seen im Süden Berlins, der Rangsdorfer See, durch die Anlage einer Badeanstalt in den Kreis der Berliner Erholungsstätten gezogen. Über gleichzeitig für den Ruderboot- und das private Angeln freigegeben worden. Es hat Mühe gekostet, durch Entfernung des den See umschließenden Schilfes eine genügend große Bodfläche herzurichten, aber gerade dieser Schilfrand sorgt bei dem bedeutenden Umfang des Gewässers (1000 Morgen See, 200 Morgen Uferstreifen) das ist gut ein Drittel der Fläche des Müggelsees) für die Erhaltung der natürlichen Bedingungen des tierischen Lebens, das der Wasserfläche Reiz verleiht.

Wer am frühen Morgen, wenn der Nebel entweicht, im leise gleitenden Boot am Ufer dahinfährt, kann des Reichtums an Vögeln gewahr werden. Namentlich der Herbst und der beginnende Winter ist die Zeit, wo der See große Scharen geliederter Besucher anlockt. Aus dem hohen Norden ziehen dann die Wildgänse heran und bleiben so lange, bis die Kälte 12 bis 15 Grad erreicht hat. Dann fliegt sie auf einmal verschwinden, kehren aber sofort bei Eintritt wärmerer Witterung zurück. Auch die Blässhänse sind in Massen vorhanden. Taucher und Rohrdommeln trifft man an. Letztere zeichnen sich durch ihren klagenden Ton aus, so daß die Rangsdorfer, wenn sie ihn hören, sagen: Drüben in Bühsdorf ist eine Kuh noch nicht fatt. Denn der Ruf des Vogels klingt genau so wie der Ruf einer hungrigen Kuh nach Futter. Auch die Fischotter haben hier ihre Kolo-

nien. Anders als in der Dubrow, wo sie auf den hohen Bäumen horchen, wählen sie ihr Versteck im Schilf. Und wer Glück hat, kann sich sogar von dem Vorhandensein von Fischottern überzeugen: bemerkt man am Uferende einen Gang, der durch das oben stehengelassene Stück Erdboden gegen Einsicht vom Lande aus geschützt ist, so kann man gewiß sein, daß dort in der Nähe Fischottern haufen. Trotz der großen Zahl von Liebhabern schmachtbatter Fischweilches ist der Bestand an Fischen recht groß. Der Seefischerei hat der Pächter, in dessen Familie dieser Beruf schon 50 Jahre heimisch ist, nie die Ausdehnung gegeben, die man als Raubfischerei bezeichnet; er muß auch unter Aufsicht der Gemeinde Brut eintreiben. Karpfen, Hechte, Zander usw. bilden die Beute der Angler. Daß der Rangsdorfer See schon von jeher die Menschen angezogen und schon in alter Zeit dort eine Siedlung — vielleicht aus Plöbkhäuten — bestanden hat, darf als sicher angenommen werden. Wenn auch den pflügenden Bauern bisher keine greifbaren Beweise in Form von Topfscherben aufgetroffen sind, so sind doch wiederholt Feuerstätten bloßgelegt worden. Der Boden birgt überdies eine



„Taucher“

große Menge von Versteinerungen, denen sich erfreulicherweise das Interesse der alten Bewohner zugewandt hat.

Der Rangsdorfer See hat kein stagnierendes Wasser; er empfängt durch die sogenannte Krumme Lanke reichlich Zufluss, gibt aber das überflüssige Wasser durch den langen, bis nach Müllental führenden Zülowkanal weiter. Diese Wasserregulierung wird im nächsten Jahre noch besser funktionieren, nachdem die jeßigen Arbeiten der Vertiefung des Zülowkanals um 80 bis 90 Zentimeter abgeschlossen sind. Vielleicht läßt es sich später sogar ermöglichen,



Fischotter

daß die Paddelboote ihren Weg von der Spree zum Rangsdorfer See finden. Das Recht, ein Boot auf dem Rangsdorfer See zu halten, ist unbeschränkt, eine Grundbesitzverpflichtung wird von niemandem verlangt. Da der See bedeutend leichter als der Mellesee von Berlin aus zu erreichen ist, dürfte der Ruderbootverkehr, vielleicht auch das Rudern von Schülerliegen, sich rasch emporheben. Im Winter ist Eisport geplant. Da keine Eisfischerei betrieben wird, kann diese Eisfläche als völlig sicher gelten.

Wer hätte wohl gedacht, daß sich in verhältnismäßiger Nähe Berlins noch Reisher und Fischottern befinden? Nach gibt es auf diesem weiten Kreise der Berliner Wanderer noch unbekanntes See dieses loben geschätzte reizvolle Treiben. Noch hat der Willgehende und beobachtende Wanderer oder der Ise über den See hübsche Ruderer oft das Glück, die Tiere zu beobachten und zu belauschen. Aber wie lange wird es noch dauern? Der Freund der Natur- und Heimatschutz wünscht, daß bestimmte Gebiete des Sees und seiner Ufer als Naturschutzgebiet erklärt werden, um die Tierwelt auch für spätere Zeiten zu erhalten. B. D.

## Feuer bei der AEG.

In der AEG-Turbine, Huttenstr. 14/16 in Moabit, entstand gestern abend kurz nach 21 Uhr ein Feuer, das einen verdröhnlichen Charakter annahm. In einem Fabrikationsraum waren größere Mengen Verpackungsmaterialien in Brand geraten, und die Flammen drohten auf benachbarte Räume überzuspringen. Die Feuerwehr, die alarmiert worden war, rüstete mit drei Löschzügen unter Leitung des Baurates Kallas an. Nach etwa zweistündiger Tätigkeit war die Gefahr beseitigt und die Aufräumarbeiten konnten in Angriff genommen werden. Die Entstehungsursache konnte noch nicht einwandfrei ermittelt werden.

Benzinexplosion in Tegel. Gestern abend ereignete sich in der Wohnung der 53jährigen Frau Maria Rhode in Tegel, Straße 21, eine schwere Benzinexplosion. Drei Wände wurden zum Einsturz gedroht und sämtliche Scheiben zertrümmert. Frau R. und ein in der Wohnung beschäftigter 55jähriger Maler Gustav D. aus Hohenschönhausen erlitten Brandwunden. Die hinzugerufene Feuerwehr konnte nach kurzer Tätigkeit wieder abrücken.

## 18) Soldat Suhren.

Roman von Georg von der Bring.

Copyright 1927 by J. M. Spasch Verlag, Berlin.

„Du erklärst es gut,“ meint der Maurer und sieht sich nach einem Platz um, wo er sein Papier hinwerfen kann. Da er keinen Platz findet, steckt er es in den Brotbeutel. Sodann zieht er einen Bleistift heraus und zeichnet mit dem hinteren Ende den Grundriß eines Hauses zwischen die Pflastersteine hinein. Es sieht aus, wie ein System von Schützengräben. Er erklärt mir, daß er sich später ein Haus nach diesem Plan bauen will. „Da ist eine Treppe,“ sagt er, „hier die Küche und gleich neben der Küche die Werkstatt mit Stall. Der Stall ist notwendig, wir treiben Landwirtschaft.“

So zeichnet er, und ich kann mir sein sauberes, etwas langweiliges Haus so gut vorstellen. Es werden ganz blonde Kinder dort an Sandhausen und Kalktühlen herumklettern. Vorausgesetzt, daß er im Kriege davonkommt. Ich denke an den Urlaub. Mir wird unansprechlich traurig zumute. Wo wird mein Haus einmal stehen? — Wer wird es mir bauen?

Kamerad Maurer, höre! Aber der hat sich lang gemacht, schläft, seine blonden Borsten sehen widerspenstig unter der Mütze hervor, der Mund steht offen.

Lieber Himmel, du bist so traurig blau! denke ich. Lieber Platz, du bist so ermattend einsam und heiß in der Sonne! Wo werden wir jemals Ruhe haben auf der Welt? — Ich spreche leise mein kleines Lied, aber es ist nichtig wie ein Blumenblatt auf den Steinen, furchtbar fremd redt sich die Kirche über ihm empor.

Und die Farben von Himmel und Kirche sind grau, wie ich die Augen öffne. ... Dann war auch der Maurer erwacht. Wir gingen unter eine Pumpe, ließen uns Wasser über Kopf und Hände laufen und kehrten darauf in die untere Stadt zurück.

Wir trafen den Bernünftigen, der auf einem Bretterstapel lag und Ansichtskarten schrieb. Als ein Auto daherfuhr, schlangen wir uns auf und luden zum Pionierdepot hinauf. Ich erwachte erst gänzlich, als man von unseren dreihundertjährigen Wünschen nicht einen erfüllen zu können versagte. Mit Mühe brachten wir ein Pfund Kitt an uns, als Beweis, daß wir da waren, und machten uns mit der leicht-

Last auf den Rückweg nach Laón. Unterwegs tauschten meine beiden Begleiter ihre Erlebnisse aus. Der Maurer, der gutwillig den Kittlumpen unter dem Arm trug, sagte:

„Ein Glück hatten wir — trafen da auf der Hauptstraße Barbarossa!“

„Major von der Henke?“

„Ja, und er redete uns an. Das nennt man Glück. Das ist doch der, der in Gallizien immer voran war. Wenn sie voringen, und seine Offiziere sprangen von Baum zu Baum von wegen der Kugeln, so ging er immer mitten auf der Chaussee und fragte: „Meine Herren, Sie verdrücken sich doch nicht?“ — Und im Graben war er nicht zu halten. Immer rauf auf die Böschung, da mochte die Luft so dick sein, wie sie wollte.“

„Nein, daß der uns heute begegnen mußte!“

Wir näherten uns Laón und erreichten den Flugplatz, wo wir uns ins Gras setzten. Die Sonne stand schon tief. Nach Süden zu bildete sich eine Kette von Schrapnellwölkchen, die sich in der hohen Luft langsam verzogen.

Der Bernünftige erzählte, daß er sich als Flieger habe fotografieren lassen.

„Du sitzt in einem Gestell, fast so groß wie ein richtiges Flugzeug, und auf den Flügeldecken steht gemalt: Es geht nichts über einen gemütlichen Sturzflug.“ Montag sind die Bilder fertig.“

Er fuhr fort:

„Ich will doch sehen, daß ich auch zu den Fliegern komme. Mein Freund fordert mich immer dazu auf, er ist auch bei der edlen Fliegerei. Es werden immer noch Maler gesucht, schreibt er.“

„Fliegt dein Freund selber als Pilot?“

„Was du denkst! Er ist im Offizierskasino, mein Vieber, einen besseren Posten gibt es auf Gottes Erdboden nicht.“

Der Maurer spuckte aus:

„Lieber an der Front, als ein Etappenschwein.“

Über der Bernünftige entgegnete:

„Jeder ist sich selber der nächste, so laß mir mein Vergnügen, Kamerad. Auch wird es noch so weit kommen, daß nur noch die Dummen vorne sind.“

Darauf fand der Maurer keine Antwort, er schwieg ingrimig, und wir erreichten die ersten Häuser von Laón, die von der gelben Abendsonne überflutet waren.

Wir fuhren auf der Feldbahn heim. Ich lag auf einem Schloßenhäufen und ward von der Bewegung des Zuges gerüttelt. Im Norden, mitten im roten Himmel, stand die Kathedrale wie eine Ruine.

## Pfeiffer.

Ich egerziere wieder mit den Kameraden, das macht mich zufriedener. Der Bernünftige hat sich Farbe verschafft und streicht des Leutnants Zimmer auf Oldenburger Manier an. Er nennt mich dumm und rät mir, Entwürfe zu machen, anstatt mit den anderen morgens auszurücken. Er meint, ich soll Hindenburg bei Tannenberg zeichnen oder Immelmanns letzten Luftsieg und bietet mir von seiner Farbe an, Schwarz und Rot.

„Es wird dir Freunde machen,“ versichert er.

Aber ich habe es satt und übe lieber Griffe und langsamen Schritt. Ich bin dankbar, daß ich nicht mehr auf dem Boden schlafen muß, sondern mich abends um zehn Uhr auf das grüne Billard firecken kann. Schon dadurch, fühle ich, bildet sich eine schmerzliche Kluft zwischen den Kameraden und mir. Doch ich kann nicht auf dem Boden schlafen und bin traurig darüber. Ein Flächling, entweiche ich aus der Staubwüste und raste auf der grünen Daise des Billards. Mitten durch die Wüste aber, wo sie am furchtbarsten ist, geht Max Pfeiffer, wie ein heiteres, sanftes Tier. Heute sah ich ihn auf seinem Wege, von allen verlassen, aber an Gattes Seite. Ich liege gegen Abend nach dem Dienst allein im Fenster der Werkstatt, der Bernünftige ist beim Leutnant. Unter mir breitet sich der Hof in der Sonne. Von der Straße ist er durch eine hohe Mauer abgeschlossen. Durchs Tor sieht man sie liegen, manchmal gehen Soldaten draußen vorbei, oder ein Wagen fährt.

Mitten im Tor sieht ein Posten, das Gewehr über der Schulter. Er hat die Aufgabe, den Leutnant anzukündigen. Sobald dieser dem Tore naht, schreit der Posten in den Hof hinein: „Achtung!“ — Wer die Möglichkeit hat, entweicht schleunigst in den Garten. Es gibt aber auch leidenschaftliche Soldaten, wie Rener, die umgekehrt aus dem Garten in den Hof rennen, um das Vergnügen zu haben, stramm zu stehen. Auf den Ruf „Achtung“ muß nämlich alles, was auf dem Hofe sich befindet stramm stehen. Wer auf der Treppe hoch und einen Brief liest, erhebt sich — steht stramm. Wer sein Kochgeschirr am Trag auspült, läßt es schwimmen, dreht sich um — steht stramm. Jede Bewegung erstirbt, der Posten präventiert, wie eben ein Rekrut zu präsentieren versteht, und Leutnant Brause schreitet, den Reitstock in der Hand, bei jeder Gruppe grüßend, zur Treppe und begibt sich ins Schloß. Wenn er das Schloß verläßt, schreit zuerst der, welcher auf der Treppe seinen Brief liest.

(Fortsetzung folgt.)



## Echt nationalistisch!

Man agitiert mit einem gefälschten Brief.

Als die Schüler des Werner-Siemens-Gymnasiums in Berlin feierlich wegen des reaktionären Charakters der offiziellen Veranstaltung eine eigene Verfassungsfeier durchführten, kamte der Verdruß der Männer von Hugenberg, die „Kreuzzeitung“ und dergleichen keine Grenzen.

In einer Schule, deren Angehörige offen und frei für die Republik eintreten, müssen solche Zustände herrschen! Siehe da: ein pommerches Blättchen veröffentlicht ein Schreiben von „Mitgliedern des Schülerausschusses des Werner-Siemens-Gymnasiums“, das die unglaublichen Forderungen, wie Begünstigung freier Liebe und Förderung gleichgeschlechtlicher Betätigung, enthielt. Nach der Darstellung des Blattes soll der preussische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung seine Bereitschaft ausgesprochen haben, den Schülerausschuss in seinen Bestrebungen zu unterstützen. Unerträglich! Aber die Sache mußte wahr sein: Standen doch darunter die Namen Müller, Lehmann, Schulze und Schmidt. Bereitwillig druckte auch die Berliner reaktionäre Presse den Brief ab. Die sieht man, wie es im republikanischen Preußen zugeht!

Hier die Aufklärung: „Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mittelst, ist durch Vernehmung des Direktors sowie des Schülerausschusses eindeutig festgestellt worden, daß weder der Direktor noch irgendein Mitglied des Schülerausschusses von dem Brief auch nur das geringste bekanntgemacht ist. Der Brief stellt eine grobe Fälschung dar und verfolgt den öffentlichen Zweck, die Haltung des Unterrichtsministers in der Öffentlichkeit herabzusetzen.“

Echt nationalistisch, und man zweifelt sehr, ob man diese Methode für Dummheit oder Gemeinheit halten soll.

## Was macht denn der Meyer ...

Das Pech des Falschdenklers.

Ein nächtlicher Wohnungseinbruch, der vor etwa einer Woche in einer Villa in der Budapester Straße verübt wurde, gab der Kriminalpolizei eine harte Nuß zu knacken. Aus sorgfältig gesicherten und verschlossenen Räumen waren eine Anzahl äußerst wertvoller Schmuck- und Biergegenstände gestohlen, ohne daß zunächst ersichtlich war, wie die Diebe sich Einlaß verschafft hatten. Die Fenster sind mit schmiedeeisernen Gittern versehen, die in Spitzen auslaufen und nur einen kleinen Teil des Fensterrahmens irrefallen.

Es schien unmöglich, daß ein Mensch sich durch diese Heize Öffnung hindurchgeschwängelt haben könnte. Nur einer kam für dieses Kunststück in Frage, der der Kriminalpolizei wohlbekannte Wohnungseinschreiber und Falschdenkter Hans Meyer. Nachdem man erfahren hatte, daß Meyer am 12. Oktober aus Tegele, wo er 15 Monate verbracht hatte, entlassen worden war, schwand jeder Zweifel. Es galt nun, Meyer und seine Bente ausfindig zu machen. Sogar Ermittlungen der Dienststelle B. 3 waren nötig, um herauszubekommen, daß der Gesuchte in einem kleinen Hotel in der Mascher Straße Unterkunft gefunden hatte. Am 27. Oktober hatte er aber mit drei Koffern das Hotel verlassen und angegeben, daß er nach Hannover abreisen wolle. Diese Reise war wohl nur ein Täuschungsmanöver. Anzeichen förderten die Nachforschungen bei verschiedenen Flanoleibern Beweismittel aus dem Falschdenkter Meyer. Meyer wurde festgenommen und sofort nach dem Polizeipräsidium gebracht. Seinen ersten Falschdenkterbruch verübte er vor drei Jahren. Er stieg damals an einem Abzug absteiger an einem Hause in der Händelstraße empor und schloß zwei Nächte lang auf einem überdachten Balkon. Ehe die Wohnungsinhaber nach wurden, war er schon verschwunden. Als in der dritten Nacht niemand zu Hause war, hob er geschickt eine Fensterleiste aus, gelangte so in die Räume und stahl für rund 10000 M. Wert- und Schmuckstücke. Zu seinem Pech wurde er von der Hausfrau überführt und nach langer Jagd durch die Gärten des Tiergartenviertels von den Beamten des Ueberfallkommandos festgenommen. Meyer hatte er die ihm subskribierte Straße verfehlt, so gründete er ein logenartiges Reichsbureau und stellte die Angehörigen um ihre Kauttionen. Für dieses Vergehen wurde er 15 Monate nach Tegele geschickt. Meyer hat den Einbruch in der Budapester Straße gestanden und erklärt, daß es ihm gelungen ist, durch die schmale Öffnung hineinzuschlüpfen. Für die weitere Aufklärung wäre es erwünscht zu erfahren, wo Meyer, ein elegant gekleideter, 1,80 Meter großer Mann mit schwarzer Hornbrille, in der Zeit vom 27. Oktober bis jetzt gemohnt, und wo er seine drei Koffer untergestellt hat, die vermutlich noch einen Teil der Bente enthalten. Wer hierüber Auskunft geben kann, hat Anspruch auf einen entsprechenden Teil der ausgesetzten hohen Belohnung. Mitteilungen nimmt Kriminalkommissar Wille bei der Dienststelle B. 3 im Zimmer 96 des Polizeipräsidiums entgegen.

## Die Zukunft unsrer Freibäder.

Die „amtliche Deputation“ im Berliner Rathaus beschäftigte sich gestern mit der Zukunft unsrer Freibäder. Der Magistrat regte an, die Gesellschaftsform der bestehenden Freibäder aufzulösen und sie wieder als unmittelbare Kommunalbetriebe zu führen. Die Deputation lehnte dies ab. Sie erkannte zwar an, daß die Freibäder keine Erwerbsunternehmen im eigentlichen Sinne sind, sondern der Gesundheit der Bevölkerung zu dienen haben, auch auf die Gefahr hin, Aufschußbetriebe zu werden. Andererseits hat sich die bisherige Gesellschaftsform, insbesondere bei dem unter Leitung des Genossen Claus stehenden Strandbad Wannsee, so ausgezeichnet bewährt, daß eine Veränderung zurzeit nicht in Betracht gezogen werden kann. Die Deputation war einstimmig der Ansicht, daß man die weitere Entwicklung der Freibäder rund um Berlin zunächst abwarten sollte, ehe man einschneidende Beschlüsse über ihre endgültige Form faßt. Auch an der Tatsache, daß einige dieser Bäder bisher von den Bezirksverwaltungen betreut werden, soll vorläufig nichts geändert werden.

Dagegen wurden in zwei Punkten endgültige Beschlüsse gefaßt, die für die weitere Entfaltung des Berliner Freibadwesens von Bedeutung sein werden. Es wurde einmal grundsätzlich beschlossen, kein städtisches Freibad in Zukunft mehr zu verpachten, 2. B. das Freibad Grünau vom nächsten Jahre ab, in dem der Pachtvertrag abläuft, selbst durch die Stadt bewirtschaftet zu lassen. Und sodann werden von jetzt an die Bäder der Kreisverwaltung entzogen und der dafür zuständigen Deputation für Lebensübungen unterstellt. Dieser an sich selbstverständliche Beschluß wurde der Gemischten Deputation offenbar dadurch erwünscht, daß man in der städtischen Verwaltung wie in der Bevölkerung überhaupt die bei der Schöpfung der neuen Deputation für Lebensübungen erwartete Aktivität und Initiative bisher schmerzlich vermehrt hat. Die Deputation für Lebensübungen hat zwar ihr Zuständigkeitsgebiet dauernd erweitert, man hört und sieht aber nichts von einer vermehrten Tätigkeit in den neu übernommenen Aufgabenfeldern. Hoffentlich nimmt sie sich nun der Freibäder mit um so größerer Tätigkeit an, und hoffentlich drängt endlich einmal der Stadtmagistrat seine Verwaltung zu freudigerem und selbstwüthigerem Anpacken der neuen Probleme in seinem Amtsbereich.

# Zeppelin kommt nach Berlin!

## Einen Tag und eine Nacht in Staaken!

Friedrichshafen, 2. November.

Heute fanden Verhandlungen zwischen dem Luftschiffbau und Direktor Behner vom Kügelplatz Staaken über die Berliner Reise des „Graf Zeppelin“ statt. Danach ist unter der Voraussetzung nicht ungünstiger Wetterverhältnisse beabsichtigt, daß das Luftschiff in der Nacht vom Sonntag zum Montag aufsteigt und kurz nach Mittag in Berlin eintrifft. Inzwischen wird das Luftschiff bereits überholt, um rechtzeitig für die Berliner Reise fertig zu sein.

Dr. Cöner erklärte, daß er nunmehr nachdem der Reichsfinanzminister nochmals darum gebeten habe, aller Voraussicht nach in der kommenden Woche die Fahrt nach Berlin antreten werde. Der genaue Starttermin könne natürlich noch nicht angegeben werden, da die Fahrt zu der jeweiligen Jahreszeit eine günstige Wetterlage bedinge. Er werde

das Luftschiff in Staaken

am Ankerort festmachen, wo es einen Tag und eine Nacht liegen werde. Der Start werde in Friedrichshafen zwischen ein und zwei Uhr nachts erfolgen, damit in den Vormittagsstunden die Reichshauptstadt erreicht werden könne.

Eine große Deutschlandfahrt werde in diesem Jahre nicht mehr eingeleitet werden können, da die Wetterverhältnisse im Spätherbst stets sehr unbeständig seien und das Schiff am Tage nur sieben Stunden bei Nacht fahren könne. Während der übrigen 17 Stunden würde die Fahrt durch Dampf und Reibol gehen. Aus diesem Grunde werde es unmöglich sein, die Fahrt nach Berlin bis nach Ostpreußen auszudehnen, da die Gefahr bestände, wie es sich in Friedrichshafen gezeigt habe, daß das Luftschiff, obwohl es nur in etwa 100 Meter Höhe fliege, nicht einmal die Landungsfelder des Bergeländes erkennen könnte. Nach der Berliner Fahrt will Dr. Cöner eine Reihe von kleineren Fahrten für das Reichsverkehrsministerium und die deutsche Versuchsanstalt für Luftfahrt aus-

## „Festgenommene Zeugen.“

Ein kommunistisches Märchen.

Zu dieser von uns in der Morgenausgabe vom 31. Oktober aus der „Vollstänigen Zeitung“ übernommenen Notiz wird uns von Reichsbannerkameraden eine Erklärung übergeben, wonach dieser Vorfall sich wesentlich anders abgespielt hat.

In dem betreffenden Abend hatten sich einige Reichsbannerkameraden in einem Lokal in der Weberstraße versammelt. Vier Kameraden, die sich kurze Zeit vor dem Lokal aufhielten, bemerkten, daß ein Mann, der nur mit Hute und Hemd bekleidet war, sie andauernd beobachtete. Kurze Zeit danach wurde auch die Scheibe des Bierzimmers, in dem das Reichsbanner tagte, eingeschlagen. Die Reichsbannerleute verließen zusammen das Lokal und gingen durch die Weberstraße. Als drei Kameraden an der Bahmannstraße abbogen, merkten die übrigen Reichsbannerleute, daß diese von Kommunisten verfolgt wurden. Sie eilten ihren Kameraden nach. Es entstand ein Handgemenge, an dem 60 bis 70 RBB-Leute und 19 Reichsbannerkameraden beteiligt waren. Von Straßenposten wurde die Polizei gerufen. Zunächst erschienen zwei Beamte und später ein Ueberfallkommando. Da die Kommunisten in den letzten vier Monaten schon fünf derartige Ueberfälle organisiert hatten, war es den Kameraden leicht, die Haupttäter zu bezeichnen. Die beiden Polizeibeamten verhafteten neun Personen, die während der Schlägerei beteiligt waren. Auch die vier, die sich angeblich nur als „Zeugen“ zur Verfügung stellten, waren bei dem Trupp, der die drei Reichsbannerleute verfolgte. Der angebliche „Zeuge“ A war der Anführer dieses Trupps, der Mann, der durch Signalpfeife Verstärkung heranzog. Auch von den beiden Frauen hat die eine auf einen Reichsbannermann eingeschlagen. Die Polizeibeamten haben, das bezeugen die Reichsbannerleute, sich objektiv bemüht, für Ruhe zu sorgen, die Zusammenrottung aufzulösen und die Hauptbeteiligten festzunehmen. Zu einem energischen Einschreiten gegen das politische Rowdium waren die Beamten um so mehr veranlaßt, als in der Weberstraße in den letzten drei Monaten wiederholt Reichsbannerkameraden derart zugetrieben wurden, daß sie lange Zeit arbeitsunfähig waren. Das Reichsbanner sah sich infolge dieser Verhältnisse gezwungen, bei der Polizei zu beantragen, daß öfter als bisher durch die Weberstraße Polizeistreifen geschickt werden. Eine dieser Streifen hatte an dem fraglichen Tage Gelegenheit zum Einschreiten. Die „festgenommenen“ Zeugen durch die Streife stellt sich jetzt als ein Märchen heraus, das kommunistische Rowdys zu ihrer eigenen Entlastung erdachten.

## Ein misratener Sohn.

Einbruch und Diebstahl bei dem Vater.

Mit einem Leid, dem sonst nur gewerbmäßige Verbrecher anzuhenden pflegen, bereite ein 17jähriger Bursche einen Einbruch gegen seinen Vater vor. Ein kommunaler Ehrenbeamter im Norden Berlins hielt zur Auszahlung von Unterstufungen für den gestrigen ersten November 4288 Mark in seinem Schreibtisch bereit und glaubte sie dort ganz sicher. Das wären sie auch gewesen, wenn nicht sein 17jähriger Sohn, ein misratener Junge, von der Aufbeziehung Kenntnis gehabt hätte. Als der Vater nicht zu Hause war, rief der junge Mensch unter falschem Namen bei der Mutter an, daß ihr Sohn verunglückt sei und auf der nächsten Rettungsstelle liege. Unterdessen stand er mit einigen Freunden aus der schlechten Gesellschaft, in die er geraten ist, in dem Flur des gegenüberliegenden Hauses und pökte auf, was die Mutter tun werde. Diese eilte, wie er erwartet hatte, nach der Rettungsstelle. Sobald sie das Haus verlassen hatte, ging der Sohn mit seinen Freunden in die Wohnung hinauf, erbrach den Schreibtisch, stahl den ganzen Betrag und verschwand damit. Es ist noch nicht gelungen, ihn ausfindig zu machen und festzunehmen.

## Wieder ein Wasserrohrbruch.

In der Richardstraße ereignete sich gestern ein schwerer Wasserrohrbruch. Erst am Donnerstagabend mußten wir von einem Wasserrohrbruch in der Köpenicker Straße berichten, wodurch mehrere Straßenzüge völlig überflutet wurden. Die neue Unfallstelle liegt nur wenige hundert Meter von der Bruchstelle in der Köpenicker Straße entfernt. Um 17,30 Uhr platzte vor dem Hause Richardstraße 24, wo gegenwärtig Ausbesserungsarbeiten vorgenommen werden, das 760 Millimeter starke Hauptwasserrohr. Die austretenden Wassermassen nahmen ihren Weg zur Baugrube des Entwässerungskanalns an der Richardstraße, so daß die Straße von einer Ueberflutung bedroht blieb. Die alarmierte Feuerwehr schaltete die Sicherheitsflieger ein, so daß die Gefahr bald beseitigt war. Durch den Vorfall waren wieder mehrere Häuserblöcke längere Zeit ohne Wasser. Eine Arbeitskolonne der Städtischen Wasserwerke erschien alsbald an der Unfallstelle und nahm die Ausbesserung des geplatzten Rohrabschnittes vor.

führen, die sich jedoch nur über zwei bis drei Stunden Höchstdauer erstrecken dürften.

Für den regelmäßigen Ozeanverkehr ungeeignet.

Dr. Cöner erklärte weiter, daß mit diesem Schiff, dem „Graf Zeppelin“ ein regelmäßiger Verkehr nach Amerika nicht aufgenommen werden könne. Es sei deshalb sehr fraglich, ob nach einer zweiten Fahrt unternommen wird. Möglicherweise würde man jedoch nach im November der Frage näher treten können. Die nächste Bestimmung des „Graf Zeppelin“ in der nächsten Zeit müsse die sein, neue Mannschaften für die neu zu bauenden größeren Schiffe für den atlantischen Verkehr auszubilden. Hier werde der „Graf Zeppelin“ noch ein reiches Arbeitsfeld finden. — Zur

Frage der Flugausgewinnung

erklärte Dr. Cöner, daß diese zurzeit stark, da das Röhrensystem nicht den Anforderungen entspricht. Es müßten hier einschneidende Umänderungen vorgenommen werden. Das Gas selbst habe sich aber vorzüglich bewährt und die einzelnen technischen Fehler bei der Herstellung des Gases würden in kürzester Zeit beseitigt sein.

Der mit Spanien abgeschlossene Scharfvertrag

für den „Graf Zeppelin“ sei dadurch hinfällig geworden, daß die in dem Vertrag aufgeführte Verpflichtung, daß Spanien bis zum 1. November eine Luftschiffhalle bauen müsse, nicht erfüllt worden sei. Zu dem Aufruf der Stadt Frankfurt für eine neue Zeppelin-Spende habe er seine Zustimmung nicht gegeben. Im Gegenteil sei man sowohl bei der Reichsregierung als auch bei den leitenden Stellen des Zeppelinbaus der Meinung, daß die Zeiten für Spenden vorbei seien. Die Frage der Errichtung eines Luftschiffhafens sei noch in der Schmeide, es komme aber immer noch die Gegend südlich von Offenburg zwischen Bahr und Bafel in erster Linie wegen der günstigen meteorologischen und anderen Verhältnisse in Frage.

## Plädoyers in Kyriq.

Urteilsverkündung am Dienstag.

Nach den Akten des Staatsanwalts kamen die Anwälte zum Wort. Zunächst sprach Rechtsanwalt Dr. Simonson, der für den Nebenkläger Polizeiwachmeister Müller plädierte. Er erwähnte noch einmal ein anschauliches Bild der Vorgänge, so wie sie sich vor dem Finanzamt abgespielt haben und betonte dabei, daß die Polizeibeamten keineswegs, wie es die Angeklagten und auch ein Teil der Zeugen behauptet hätten, die Angreifer gewesen seien. Die Polizei habe sich vielmehr in taktvoller Weise zurückgehalten und sie habe entsprechend ihren Dienstvorschriften äußerste Zurückhaltung geübt. Trotz alledem hätten sich die Angeklagten dazu hinreißt lassen, den Polizeiwachmeister Müller zu Boden zu werfen und zu mißhandeln. Wer den entscheidenden Schlag gegen Müller geführt habe, der den Beamten mochenlang aus Krankenzimmer gemerkt habe, lasse sich heute mit Sicherheit nicht mehr feststellen. Sider sei nur, daß der Angeklagte Kleine den Schlag gegen Müller erhoben habe. Ob der Schlag ausgeführt worden sei, habe die Beweisaufnahme allerdings nicht ergeben. Rechtsanwalt Simonson hat, die Angeklagten zu bestrafen und stelle die Höhe der Strafe in das Ermessen des Gerichts.

Dann trat als erster Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Sommer das Wort. Er wandte sich zunächst scharf gegen die Strafanträge und betonte, daß es ihm unklar sei, daß der Staatsanwalt gegen 43 Angeklagte Gefängnisstrafen von mindestens 6 Monaten beantragt habe. Der märkische Bauer sei nicht rabulant, er sei friedlich und ruhig, wenn man ihn nicht reizt.

Nach der Mittagspause nahm dann Rechtsanwalt Bloch das Wort. In diesem Prozeß der Verurteilung und Mißungen, begann der Verteidiger, sind mir durchaus bemüht gewesen, zusammen mit Ihnen Licht und Klarheit in eine allzu vernebelte Materie zu bringen. Hier stehen die Anklagen und Vorwürfe zusammen, so daß es in diesem Augenblick schien, als habe dieser Rechts, im nächsten Augenblick aber immer. Die Angeklagten hier sind eine merkwürdig zusammengesetzte Gesellschaft. Zum ersten Male in ihrem Leben haben sie den Weg zur Anklagebank antreten müssen. Keinerlich hat sie die Anklage hier aufgenommen, stärker jedoch ist das innere Band, das sie alle verbindet, nämlich die Liebe zur Scholle, zum angestammten Grund und Boden, zu dem durch Generationen vererbten Besitz. Starke Kräfte waren es, die die Bauern auf die Demonstrationen gebracht haben. Eine unbillige Härte aber ist es, die §§ 115 und 125 des Strafgesetzbuches mit den Folgen einer solchen Demonstration in Verbindung zu bringen. Rechtsanwalt Bloch erläuterte hierauf den Begriff der Demonstration, deren Auswertungen in Stadt und Land sich verchieden zeigten. Wenn man heute noch nicht diese beiden Paragrafen, den Begriff des Aufruhrs und des Landfriedensbruchs beilegte, so habe das Strafgesetzbuch die moderne Entwicklung in den Jahren nach der Revolution nicht mitgemacht. Nicht Wälder und Brandstifter seien hier auf der Anklagebank, sondern friedliche, aber von der Not zermürbte Bauern. Es muß aber auch gesagt werden, daß nicht nur die Demonstrationen es gewesen sind, die Einfluß auf Einschleppen gebracht haben, das scheint sicher zu sein, daß der Hauptkennzeichen Punkt in dem Augenblick, als er die Reichsmenschen in Stellung brachte, die Grenze der Rechtsmäßigkeit überschritt, und so war es kein Wunder, daß die Erregung der Menge losbrach. Was wir früher, meine Herren, als Blaufoller bezeichnet, das ist heute der Grünfoller, und schließlich sind doch die Vorgänge hier nicht der Rede wert gewesen. Denken Sie an Bernbach, wo die Winzer das Finanzamt stürmten und verletzten. Dagegen waren die Vorgänge in Kyriq das reinste Kinderpiel. Rechtsanwalt Bloch schloß sein Plädoyer mit der Bitte an das Gericht, die Strafe dort, wo sie Platz greifen möchte, so mild als möglich festzusetzen. Was der Verteidiger die Freisprechung der meisten Angeklagten forderte, hörte man Handklatschen im Zuschauerraum, das sich der Dorchende verbot.

Darauf erhielten die Angeklagten das letzte Wort. Major Cordes: Ich stehe für das ein, was meine Freunde vom Landbund getan haben. Angelt, Kleine: Ich habe der Stadtpolizei angetragen, zu verschwinden, was uns leimereil von der Stadtpolizei unrechtmäßig die Straße fortgenommen worden waren. Ich, der ich drei Jahre an der Front gestanden habe, habe nicht gleich einen Heldentod vor dem Kyriker Finanzamt gedacht, als uns Preußer die Pistole vor den Kopf hielt, aber ich habe mich nie so gereizt gefühlt wie damals, als die Schupo mit den Pistolen vor der Nase herumfuchtelte. Das bitte ich bei den mit zur Best gesten Taten zu bedenken.

Damit schloß die Verhandlung. Am Dienstag, um 19,45 Uhr soll das Urteil verkündet werden.

**Picavon** macht schönes Haar —  
schönes Haar bringt Erfolg



# 80 Verwundete in Lemberg.

Feuergefecht zwischen Ukrainern und polnischer Polizei.

Warschau, 2. November. (Eigenbericht.)

Am gestrigen Donnerstag feierte die Eroberung der von der kriegsgeübten ukrainischen Regierung besetzten Stadt Lemberg durch polnische Freischützer zum zehnten Male wieder. In Erinnerung daran kam es gestern in der Stadt zu blutigen Kämpfen zwischen Polen und Ukrainern, die damit begannen, daß die Polizei einer 2000 Köpfe zählenden ukrainischen Menge, die sich nach dem Friedhof bewegte, um das Gedächtnis der im Kampf um Lemberg gefallenen Ukrainern zu feiern, den Weg versperrte und sie auseinanderzutreiben versuchte. Die aufgebrachte Menge, die sich hauptsächlich aus Studenten zusammensetzte, versuchte sich den Weg durch die Polizei zu bahnen. Diese gab jedoch Feuer, worauf sich ein regelrechtes Feuergefecht entwickelte. 300 bis 400 Schüsse fielen. Gleichzeitig wurde auf der ukrainischen Kathedrale die ukrainische Nationalflagge gehißt. An den Kämpfen beteiligten sich auch mehrere ukrainische Sejmabgeordnete.

Am nachmittag fühlten sich die polnischen nationalistischen Studenten veranlaßt, den Ukrainern, für ihren Wunsch, ihre Gefallenen zu feiern, einen gehörigen Denksatz zu geben. Sie trugen in großer Anzahl vor das ukrainische Studentenheim, zertrümmerten durch Steinwürfe die Fensterscheiben. Die ukrainischen Studenten beschränkten sich darauf, das Gebäude zu verbarrikadieren. Bald erschien auch hier eine größere Polizeieinheit und auch hier entwickelte sich ein heftiges Feuergefecht. Die Gesamtzahl der Verwundeten beträgt nach polnischen Presseberichten über 80, die ein blutiges Memento für die polnische Regierung sein sollten. In deren Wiederherstellung es nach zehn Jahren staatlicher Unab-

hängigkeit noch nicht verstanden hat, die nationalen Gegensätze nicht nur nicht zu überbrücken, sondern auch nur im geringsten abzumildern.

## Nochmals: „Die kinderreiche Familie“.

Vom Vorstand der Bau- und Siedlungsgenossenschaft „Die kinderreiche Familie“ ist zu unseren am 9. Oktober in Nr. 477 veröffentlichten Mitteilungen (mit der Ueberschrift „Kommunistische Hausbesitzermethoden“) eine Erwiderung zugegangen, deren Inhalt unter Hinweis auf den Berichtigungsparagraphen des Reglements verweist wird. Obwohl die Zuschrift den Vorschriften des Reglements nicht entspricht, wollen wir aus ihr das, was die Hauptsache ist, wiedergeben.

Der Genossenschaftsvorstand erklärt, Kündigungen seien nur in drei Fällen ausgesprochen worden, in einem Fall auf Wunsch vieler Mitglieder, denen man ein Zusammenwachen mit dem Betreffenden nicht mehr habe zuzumuten können, in zwei anderen Fällen deshalb, weil die betreffenden Mitglieder wiederholt Klingelblätter mit (wie die Zuschrift sagt) „unwahren“ Beschuldigungen gegen den Vorstand verstreuten und dadurch die Genossenschaft schädigten. Unwahr sei, daß der neue Vorstand im ersten Jahr 20.000 Mark für Verwaltungskosten verbraucht habe und die Genossenschaft nicht vor den Zusammenbruch gebracht habe. Er habe im ersten Halbjahr 3600 Verwaltungskosten verbraucht, obwohl in dieser Zeit die Wiederaufrichtung der Genossenschaft durchgeführt und neue Bauvorhaben eingeleitet und begonnen wurden. Die Mieten für die im Bau befindlichen Wohnungen seien nicht unerschwinglich hoch, sie würden sich wesentlich unter 65 Mark halten. Unwahr sei, daß der größte Teil der Siedlungsgenossenschaft mit der Genossenschaftsleitung nicht einverstanden sei. Unwahr sei auch, daß die Kommunisten mit der Genossenschaft den von den Gewerkschaften gegründeten Betriebsrat Konkurrenz machen wollen. Der Vorstand erklärt weiter, daß die Genossenschaft

schon nicht mehr vor dem Zusammenbruch stehe, sondern heute wieder finanziell vollkommen gesund ist und über größere Bauvorhaben verfüge. Sie hat nicht 123 Mitglieder, sondern etwa 350 Mitglieder. Kein sozialdemokratischer Mieter sei auf die Straße geworfen, noch nicht ein Mieter sei obdachlos gemacht worden.

Unsere damaligen Mitteilungen wurden wiedergegeben im Rahmen eines Berichtes aus einer Versammlung, in der Mitglieder der Genossenschaft die Dinge von ihrem Standpunkt aus betrachteten und schilderten. Nachdem nun auch der Genossenschaftsvorstand zu Worte gekommen ist, schließen wir die Diskussion. Vorstand zu Worte gekommen ist, schließen wir die Diskussion. Wir können das Urteil über die ganze Angelegenheit und über das Treiben der Kommunisten den Mitgliedern der Genossenschaft überlassen.

## Doppelsebstmord in der Regentenstraße.

In ihrer Wohnung im Hause Regentenstr. 13 wurde gestern die 71jährige Bankierswitwe Hedwig Rothchild und ihr 30jähriger Sohn Hans-Joseph bewußtlos aufgefunden. Der hinzugerufene Arzt der nächsten Rettungswache stellte bei beiden eine schwere Veronalvergiftung fest und ordnete die sofortige Ueberführung in das Elisabeth-Krankenhaus an. Frau Rothchild ist dort einige Stunden nach ihrer Einlieferung gestorben. Der Zustand des Sohnes ist ernst, aber nicht hoffnungslos. Das Motiv zu dem gemeinsamen Verzeuungsschritt sind wirtschaftliche Sorgen.

Nobles Nordpolarexpedition ist Gegenstand des Vortrages von Professor Behounek, des tschechischen Wissenschaftlers, der bekanntlich an der Polarfahrt teilgenommen hat. Es wird das Schicksal der Expedition und schließlich die Errettung aus den Eisregionen, erläutert durch eine große Anzahl eigener Lichtbilder, geschildert. Der Vortrag findet am 5. November um 8 Uhr abends in der Böhmischemie statt.

**25,000 Mark in bar**

**DEN HALPAUS-RAUCHERN**

**für neue Cigaretten-Namen**

Es gilt, einige neue Cigaretten-Namen zu suchen, die gut klingen und leicht zu merken sind! Deshalb bitten wir unsere Freunde um Beteiligung an unserem Preisausschreiben. Ein jeder dankt sich den Namen, den er seiner Lieblings-Cigarette geben würde. In unseren Packungen finden Sie, was Sie zur Bildung des Namens nötig haben.

Für die besten Namen sind folgende Preise ausgesetzt:

1 Preis	von je RM 2000 - RM 5000
2 Preise	von je RM 1000 - RM 4000
3 Preise	von je RM 500 - RM 3000
4 Preise	von je RM 250 - RM 1000
100 Trostpreise	von je RM 100 - RM 1000
	<b>Sa. RM 25 000</b>

**BEDINGUNGEN**

- An dem Preisausschreiben kann sich jeder beteiligen mit Ausnahme der Mitarbeiter und Werkzeughilfskräfte der Halpaus-Cigaretten-Fabrik.
- In unseren Cigaretten-Schachteln liegt ein Kontroll-Zettel. Er ist auf der Rückseite mit einem Buchstaben bedruckt. Kontroll-Zettel, die keinen Buchstaben auf der Rückseite tragen, können vom Einsender selbst mit einem beliebigen Buchstaben beschriftet werden. Gedruckte Buchstaben dürfen nicht geändert werden.
- Aus den Buchstaben, die der Rückseite des Kontroll-Zettels aufgedruckt oder aufgeschrieben sind, ist der erwähnte Name zusammenzusetzen.
- Der vorgeschlagene Name ist in einem verschlossenen Briefumschlag unter Beifügung des neuesten Kontroll-Zettels, neiche die Buchstaben des vorgeschlagenen Namens tragen, an die Halpaus-Cigaretten-Fabrik, Breslau, Wachtplatz, mit dem Aufschluß „Preisausschreiben“ zu senden. Zum Beleg: Dem Wort „Rangnummer“ 7 Kontroll-Zettel mit den Buchstaben R, A, R, I, T, A, T beizulegen.
- Name und Adresse des Einsenders ist deutlich unter den vorgeschlagenen Namen zu schreiben. Weitere Mitteilungen darf die Sendung nicht enthalten.
- Schlussfrist für die Einsendung ist der 15. Januar 1933.
- Die mit Preisen bedachten Namen gehen in das unbeschränkte Besitz der Halpaus-Cigaretten-Fabrik über.

**HALPAUS-CIGARETTEN-FABRIK G.M.B.H. Breslau u. Koln**

**LAUSCHER**



Sonnab., d. 3. 11. Staats-Oper Unter d. Linden A.-V. 127 18 1/2 Uhr <b>Walküre</b>	Sonnab., d. 3. 11. Städtische Oper Bismarckstr. 20 Uhr <b>Madame Butterfly</b>
Staats-Oper Am P.L.d. Republ. A.-V. 76 20 Uhr <b>Oedipus Rex Geschichte vom Soldaten</b>	Staatl. Schauspiel im Gendarmenmarkt A.-V. 192 20 Uhr <b>Egmont</b>
Staatl. Schiller-Theater, Charlthg. 20 Uhr <b>Fladsmann als Erzleher</b>	

**SCALA**

8 Uhr B.5. Barbarossa 9256  
Jack Hyton, der unumstrittene  
Jazz-König Europas, mit seinen  
18 Solisten und weitere zum erste-  
Male in Berlin auftretende inter-  
nationale Stars.

Sonnabends u. Sonntags  
je 2 Vorstellungen  
3.30 u. 8 Uhr. — 3.30 zu ermäßig-  
ten Preisen das ganze Programm.

**Metropol-Theater**

Täglich 8 1/2 Uhr

**Friederike**

Ruft von Franz Lehar  
**Räthe Dorich**  
**Richard Tauber**

Hilke Wörner • Helgemann  
Krischke • Sternburg  
Dora Regensburg • Kaiser-Ely  
Die Raffie ist den ganzen  
Tag geöffnet.  
Telephon-Zentrum 378 u. 9393

**Großes Schauspielhaus 6**

**CASANOVA**

mit Michael Bohnen, Regie: Charell  
Sonntag 8 U. Nachmittags-Vorstell-  
g. 8.15 Uhr. Preis (ungefähr 3000 Mark)

8 1/2 Uhr **CASINO-THEATER 5**, Uhr  
Lothvirener Straße 37.

Neu! Neu!  
**Stöpsel**

**Komische Oper** 8 1/2 Uhr  
**James-Klein-Revue:**  
**Tausend  
nackte  
Frauen!**  
Die große Revue der  
„Freien Liebe“

Sonntag 3 - Uhr  
Vollständige Vorstellung  
zu kleinen Preisen  
Parkett nur 4,50 Mk.

**Kleines Theater**  
Täglich 8 1/2 Uhr  
**Max Adalbert**  
**Der Dickkopf**  
Sandrock, Landa,  
Sterier, Sikta.

Lustspielhaus  
Täglich 8 1/2 Uhr  
**Arm wie eine  
Kirdienmaus**  
L. v. Thoma, L. Gerns,  
L. v. Thoma, L. Gerns

**Renaissance-Theater**  
8 1/2 Uhr Heute 8 1/2 Uhr

**Ton in des Töpfers Hand**

von Theodore Dreiser. — Deutsch  
von Paul E. er. Regie: Gust. Hartung.

**Winter  
Garten**

Tägl. 8 Uhr  
**Internat.  
Varieté**

Sonnabend und Sonntag  
je 2 Vorstellungen  
3.30 und 8 Uhr  
3.30 kleine Preise  
Rauchen gestattet

**Volksbühne**  
Theater am Südpolplatz  
8 Uhr  
**Was ihr wollt**

Theater am  
Schiffbauerdamm  
8 Uhr  
**Die Drei-Groschen-  
Oper**

**Thalia-Theater**  
8 Uhr  
**Schneider Wibbels  
Auferstehung**

Staatl. Schiller-Th.  
8 Uhr  
**Fladsmann  
als Erzleher**

Th. am Schiffbauerdamm  
Täglich 8 Uhr  
**Die Drei-Groschen-  
Oper**

Paulsen, Valetti,  
Ander, Geron,  
Schaufuß, Köhl,  
Lenja,  
Telefon: Berlin 1141 u. 201

**Deutsches Theater**  
Norden 12 310  
Vorverkauf  
auch im Pavillon d.  
Reinhardttheater,  
Kurfürstendamm,  
Ecke Uhlandstraße  
Bismarck 448 u. 449,  
8 Uhr, Ende gegen 11

**Die Verbrecher**  
Schauspiel von  
Ferdinand Brückner

**Kammerspiele**  
Norden 12 310  
8 1/2, U. Ende nach 10  
„Eun werden im  
Himmel geschlossen!“  
Komödie von Walter  
Hasenclever

**Die Komödie**  
Bismarck 2414/7516  
8 1/2, Ende 11 1/2 Uhr

**Eltern und  
Kinder**  
Komödie  
von Bernard Shaw

**HALLER-REVUE**  
„Schön und  
schick“  
Th. im Admiralgast  
Täglich  
8 1/2 Uhr

Sonntag  
Vorstellungen  
10 u. 4 1/2 Uhr. Nach-  
mittags die ganz Jer-  
telles, 12 halbes Preise

**Thalia-Theater**  
Bredener Str. 72-73  
8 Uhr  
**Schneider Wibbels  
Auferstehung**  
Reudick, Grützfeld.

**Bernowsky-Bühnen**  
Fu. Königsplatz, 24.  
Täglich 8 1/2 Uhr  
**Der Frauenarzt**  
Schauspiel von  
Hans J. Rehlfisch  
Stg. nachm. 3 1/2 Uhr  
Kleine Preise  
**Der rote General**

Komödienhaus  
Tgl. 8 1/2, Ende 10 1/2

**Perlenkomödie**  
von Bruno Frank  
Stg. nachm. 3 1/2 Uhr.  
Kleine Preise  
**Mein Vater hat  
Recht gehabt**

**Theater  
in der Stadt**  
Königsplatz, 37  
Dönh. 919. 8 1/2, Uhr  
Über 500 Mal:  
**Spiel im Schloß**  
Anleitung von Franz Molnar,  
Regie Eugen Robert  
Agnes Esterházy, Arthur  
Schöller, Liesl, Juch-Juchel,  
Thora, Max

Sonntag  
nachm. 3 1/2, Uhr  
zu kleinen Preisen  
von 30 Pfg. bis 3 Mk.  
**Spiel im Schloß**

**Sally-Bühnen**  
Dix, Künstler-Th.  
8 Uhr  
**Die Herzogin  
von Chicago**  
Oper. von Emmerich Kálmán

**Lesung-Theater**  
8 1/2 Uhr  
Alb. Bassermann,  
Lucie Mannheim  
**„Herr Lambert“**  
Drama von  
Louis Verneuil.

**Planetarium am Zoo**  
Friedrichshagen  
Tgl. 15 1/2 Uhr  
16 Uhr  
**Der Sternhimmel  
im Winter**  
18 Uhr  
**Erde und Weltraum.**  
20 Uhr  
**Sonne u. Sterne**  
Volkskunde und  
Wissenschaft.

**Keine Sorge!**

Sie brauchen einen neuen Mantel  
*Tausende liegen  
hier für Sie bereit!*

Er soll modern und gut sein,  
gut sitzen und sich gut tragen  
*Anderer führen wir  
überhaupt nicht!*

Er soll aber auch preiswert sein  
*Sie bekommen ihn  
bei uns viel billi-  
ger, als Sie dachten!*

Überlegen Sie nicht länger

**GEHEN  
SIE  
ZU**

**C&A**  
BRENNINKMEYER

Königstraße 33 Chausseestr. 113  
Am Bahnhof Alexanderplatz Beim Stuttgarter Bahnhof

Nachdruck von Wort und Bild verboten!

**Circus  
BARUM**

Berlin Christianistr.  
Edicholoniestr.

Heute Sonnabend 3. Nov., 8 U abends

**Eröffnungs-  
Vorstellung**

Sonntag, 4. Novemb. 2 Vorstellungen  
nachmittags 3 Uhr und abends 8 Uhr

Öffentliche Probe und Staffbesich-  
tigung, Tierschau und Konzert.  
Sonnt. v. 10-12 U., Erw. 30, Kind. 20 Pfg.

Th. in der Lützowstr.  
Kurt 9209.  
Tgl. 8 1/2, Sonntag 4 U  
**L. M. Lommel**  
in:  
**„Rundfunk-  
auf Weite O. 5“**  
Rundfunkhörer:  
halbe Preise  
Sonnabend 4 Uhr  
Sonntag 4 Uhr  
**Klein Hudepark.**

**Trionon-Th.**  
Täglich 8 1/2 Uhr  
**Skandal um Oilly**  
Erika Glässer,  
Heinz Seifner  
Rundfunkhörer:  
halbe Preise  
Sonnabend und  
Sonntag 4 Uhr  
**Schneeweißchen  
und Rosenrot**

Theater am  
Hollendorferplatz  
Täglich 8 1/2 Uhr  
**Schwarzwald-  
mädel**  
Operette in 3 Akten  
Sonntag 1 1/2 Uhr  
Die  
**Fledermaus.**

**Unerreicht**

schöne Muster in Schlaf-, Speise- und Herren-  
zimmern sowie Küchen in weiß und lasiert  
und Einzeilmöbel aller Art zu

ganz besonders billigen Preisen  
finden Sie stets in überreicher Auswahl auf

**Teilzahlung!**

Äußerst geringe Anzahlung!  
**24 Monatsraten!**  
(Fordern Sie unseren Prachtkatalog.)

**Möbelhaus  
Humboldt**

An d. Jannowitzbrücke 3-4 Norden: Brunnenstraße 83



# Polizei und Fall Husmann.

## Eine Entgegnung.

von Ministerialdirektor Dr. Klausener, Leiter der Polizeidirektion im preussischen Ministerium des Innern.

In dem in Nr. 319 des „Vorwärts“ erschienenen Aufsatz von Otto Landsberg, überschrieben: „Das Recht des Angeklagten“, eine Behauptung des Fall-Husmann, sind eine Reihe von tatsächlichen Behauptungen aufgestellt, denen nachzugehen nicht nur notwendig ist wegen des Gewichtes, welches Behauptungen Landsbergs innehaben, sondern auch wegen des Zieles, dem sie gelten.

Vorweg sei bemerkt, daß eine eingehende Prüfung eingeleitet ist, durch die geklärt werden wird, ob und welche Fehler von Kriminalbeamten bei Anstellung der Ermittlungen begangen sind, und ob die Beamten, wie behauptet worden ist, ihre Befugnisse etwa durch Übergriffe gegenüber dem Angeklagten oder durch unzulässige Einwirkungen auf Zeugen überschritten haben. Werden Verletzungen festgestellt, so wird seitens der vorgesetzten Dienststellen schuldlos durchgegriffen und die Schuldigen zur Verantwortung gezogen werden. Das gerade erfordert in erster Linie das Interesse der Kriminalpolizei, der nur mit völliger Offenlegung der tatsächlichen Verhältnisse, nicht aber mit Vertuschung oder Beschönigung gedient ist. Solange jedoch solche Fehler und Ungehörigkeiten nicht einwandfrei festgestellt sind, sondern nur aus erklärungsgemäß unvollständigen und auch in diesem Prozeß nicht immer miteinander in Einklang zu bringenden Presseberichterstattungen gefolgert werden, ist es selbstverständliche Pflicht der vorgesetzten Behörde, ihre Beamten dagegen in Schutz zu nehmen, daß Dinge in der Öffentlichkeit als Tatsachen hingestellt werden, die höchstens als unermessene einseitige Behauptungen sich darstellen. So muß mit aller Deutlichkeit darauf hingewiesen werden, daß allein von dem Angeklagten behauptet worden ist, jene häßliche und — wenn sie wahr wäre — durchaus zu verurteilende hässliche Behauptung: „Karlsberg, ich will es Sühne zu leisten für Helmuts Blut“ sei von einem Kriminalbeamten gefallen. Dieser hat den Vorwurf mit aller Bestimmtheit zurückgewiesen, und es hat sich niemand gefunden, der die Angaben des Angeklagten bestätigt hätte, so daß zum mindesten Behauptung gegen Behauptung steht, was niemals dazu berechtigen kann, von einer erwiesenen Tatsache zu sprechen. Diese offensichtliche Unrichtigkeit der Berichterstattung ist wieder anderer, auf die im einzelnen hier nicht eingegangen werden kann.

Aber vor allem in einem anderen wichtigeren Punkte muß einer Behauptung des genannten Aufsatzes entgegengetreten werden. Es handelt sich um die Vorschriften der Strafprozeßordnung, welche das Recht der vorläufigen Festnahme regeln. Zunächst ist zu bemerken, daß die Bestimmungen der §§ 127 und 128 St.P.O. nicht klar besagen, wie behauptet wird, daß die Polizei einen Festgenommenen spätestens am Tage danach dem Richter zu übergeben habe; daß vielmehr eine ganze Reihe von Gerichtsentscheidungen vorliegen, die diese Forderung ablehnen. So insbesondere aus der Zeit nach dem Urteil des Kammergerichts vom 24. April 1924, das ausdrücklich betont, daß die Vorführung vor den Richter nur sobald erfolgen müsse, als es ohne schuldbares Zögern denkbar sei.

Auch ist es, wie jederzeit ohne weiteres feststellbar ist, durchaus nicht Praxis der Polizeibehörden, die Ablieferung des Festgenommenen an das Gericht auch nur solange hinauszuschieben, wie es nach dem genannten Urteil gerechtfertigt sein würde. Tatsächlich wird zu einer Vorführung regelmäßig nur geschritten, wenn es der Herbeiführung von Beweisen, die eine solche begründen, nicht mehr bedarf, so daß fast in allen Fällen die Vorführung erfolgt, bevor der Richter innerhalb von 48 Stunden erfolgt. Ist dies einmal nicht möglich, etwa weil der Festgenommene sich wehrt, einen Abwehrbeweis anzutreten, so nimmt regelmäßig die Kriminalpolizei mit der Staatsanwaltschaft oder mit dem Vernehmungsrichter unter Darlegung des Sachverhalts in Verbindung, mit deren Einverständnis alsdann die Vorführung gerade im Interesse des Festgenommenen unterbleibt, um den Gang der schleunigen Ermittlung nicht zu verzögern. Aber selbst diese Maßnahme war im Falle Husmann nicht notwendig, denn Husmann wurde im Gegenzug zu der aufgestellten Behauptung, die Kriminalpolizei in Gladbeck habe ihn tagelang festgehalten, bevor sie ihn dem Amtsgericht vorführte, am 23. März 1928 bereits etwa zehn Stunden nach seiner polizeilichen Festnahme dem Vernehmungsrichter zugeführt, der ihn nach kurzer Zeit wieder entließ, so daß Husmann innerhalb von zwölf Stunden von der Polizei vorläufig festgenommen und von dem Richter wieder in Freiheit gesetzt wurde. Gerade in diesem Falle also hat die Polizei, vielleicht weil es sich um eine Sache handelte, die ihr besonders rätselhaft und schwerwiegend erschien, in dem Bestreben, nur ja dem Buchstaben des Gesetzes zu genügen, so früh es ihr nur irgendmöglich erschien, den Festgenommenen dem Richter vorgeführt im Vertrauen darauf, daß auch er den erheblichen gegen Husmann sprechenden Verdacht unter Berücksichtigung aller Umstände als zur Vorführung ausreichend erachtete werde. Vielleicht erfolgte die Vorführung sogar zu früh und wir ständen alsdann vor dem eigenartigen Ergebnis, daß gerade ein Handeln der Polizei, wie es Landsberg fordert, die Ursache der Entlassung Husmanns durch den Richter und damit einer der Gründe war, daß Spuren verlorengehen konnten.

Die erwähnte Festnahme Husmanns durch die Polizei erfolgte am 28. März ebenfalls; schon am Morgen des 29. wurde er dem Vernehmungsrichter vorgeführt, der nunmehr Haftbefehl gegen ihn erließ. Also auch in diesem Falle hat die Polizei die Zuführung Husmanns zum Gericht nicht nur nicht hinausgezögert, sondern innerhalb einer kürzeren Frist bewirkt, als es selbst die schärfste Auslegung des Gesetzes verlangt.

## Die große Säge.

### Neue Ausschüsse aus der SPD.

Horburg-Wehlensdorf a. d. Elbe, 2. November. (Eigenbericht.)

In der Freitagssitzung der Stadtverordnetenversammlung teilte der Führer der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion mit, daß die Stadtverordneten Schwanz, Schmidt, Riesebeck und Hüller auf Beschluß der Ortsgruppe der SPD. aus der Partei ausgeschlossen und ihrer Mandate für verlustig erklärt sind. Den vier Stadtverordneten wird vorgeworfen, sich an den Wahlen beteiligt, Verrat am Proletariat begangen und die Arbeiterschaft belügen zu haben. Die Angeklagten erwiderten auf die gegen sie erhobenen Beschuldigungen nichts.

Die kommunistische Fraktion, die bisher aus neun Mitgliedern bestand, ist nunmehr auf fünf Mitglieder zusammengeschmolzen.

Kohl statt Klassenkampf. In Deutschböhmen hat die KP. (ohne D.)-Bresse jetzt ein neues Kampfmittel in Gebrauch gestellt: Sie verliert die sozialdemokratischen Blätter wegen Beleidigung zum Beispiel wegen des Vorwurfs, wie ein Papagei immer das gleiche herzuspielen! 26 herartige Projekte sind das vorläufige Ergebnis dieser revolutionären Aktion. — Eugen Schwarzbach in Reichertberg, vormals verdammtlicher KP.-Redakteur, ist zur Sozialdemokratischen Partei zurückgekehrt und sagt sich öffentlich von Moskau los.

In Kairo veranstalteten die Kommunisten eine Versammlung zugunsten der arabischen Landbesitzer.



Die Moskauer Ente mit ihren Landbund-Rüfen.

# Bratianu vor dem Sturz.

## Der Regenschaffsrat verlangt seinen sofortigen Rücktritt.

Bukarest, 2. November.

In einer Audienz Bratianus beim Regenschaffsrat am Freitag verlas Prinz Nikolaus eine von ihm verfaßte Denkschrift, in der er erklärte, daß es aus mannigfachen Gründen der Ruhe und Ordnung als notwendig erscheine, den Rücktritt der liberalen Regierung zu fordern. In längerer Rede erklärte Bratianu, daß die Regierung noch weiter am Ruher bleiben müsse, um den Abschluß der Stabilisierungsanleihe durchzuführen. Erst nach Annahme des Gesetzes durch die Kammer könne man über den Rücktritt der Regierung verhandeln. Sollte man aber auf dem sofortigen Rücktritt des Kabinetts bestehen, so übernehme er keine Verantwortung dem Auslande gegenüber und werde die Anleihe nicht unterschreiben. Bratianu forderte, daß ihm die Regenschafft als Zeichen ihres Vertrauens die Umbildung des Kabinetts übertrage. Sonst werde er sofort seine Entlassung geben.

In diesem Falle alle Brücken zwischen der liberalen Partei und dem Regenschaffsrat abgebrochen werden würden.

Prinz Nikolaus bildet mit dem Patriarchen der orthodoxen Kirche Cristea und dem Präsidenten des Kassationshofes Buzdugan jenen am 21. August 1927, also am Tage nach dem Tode Ferdinands, eingesetzten Regenschaffsrat, der die Vormundschaft über den siebenjährigen König Michael ausübt und seine Befugnisse besitzt.

Welche Pläne der Prinz Nikolaus verfolgt, bleibt abzuwarten. Bisher stützte sich Buntla Bratianu auf die Königinmutter Maria, aber seine Stellung ist schon lange erschüttert. Läßt man Bratianu fallen, weil man die Bewegung der oppositionellen Nationalen Bauernpartei für unaufhaltbar hält, die eine neue riesige Kundgebung für die nächsten Tage in Aussicht genommen hat? Oder erfolgt dieser Schritt etwa im Einvernehmen mit dem Kronprinzen Carol, der vom Auslande her seine Wiedereinsetzung betreibt und der in einem Teil der Nationalen Bauernpartei starke Sympathien genießt? Oder strebt am Ende Prinz Nikolaus, der Onkel des kleinen Königs, selber nach dem Throne?

## Beschäftigung der Beschäftigungslosen.

### Großfürstliche Rivalitäten und Manifeste.

Aus Paris kommt die Nachricht, daß der frühere Großfürst und Oberbefehlshaber des russischen Heeres im Weltkrieg, Herr Nikolaus Nikolajewitsch, den Vorsitz der Vereinigung russischer Emigranten niedergelegt habe und ein feierliches Manifest zur Verzichtserklärung auf seine Ansprüche auf den Zarenthron zu veröffentlichen beabsichtige.

Komödie der Weltgeschichte! Nachdem die Märzrevolution des Jahres 1917 den Zaren Nikolaus II. zur Abdankung gezwungen hatte, melbten sich im Laufe der letzten Jahre außer der folgenden Anastasia — das Familienstatut des Hauses Romanow schließt weibliche Nachkommenschaft an sich nicht von der Thronfolge aus — gleich zwei neue „Zaren“, der eine in Koburg, der andere in Paris. April der Entsetz Alexanders II., einolisierte mit Nikolaus, dem Enkel Nikolaus I. Beide sammelten um sich Parteigänger, die in Manifesten, Beschwerden und Zeitungsartikeln um eine Krone stritten, die gar nicht mehr vorhanden war. April proklamierte sich sogar in einem riesenlangen Edikt an „Seine Väter“ zum „Zaren“, eine Geste, die dem alten Nikolaus doch wohl zu albern schien. Die „Zarin“ Vittoria aber reiste, gleich ihrer Schwester Maria von Rumänien, nach Amerika, um die Financiers der Wallstreet für diesen Zarenthron zu interessieren. Hauptbeschäftigung der beiden beschäftigungslosen Großfürsten war es, gegeneinander zu intrigieren.

Jetzt hat ein unerhörter Vorfall dem Hof den Boden ausgeglichen: April wurde bei der Beerdigung der Zarinmutter Maria in Kopendagen von den anwesenden noch aktiven Monarchen und Fürstlichkeiten als „Zar“ tituliert und mit „Majestät“ angeredet. Das ging dem Kaiserpräsidenten zu weit; er, der einst, in der Zeit der Herrschaft seines Halbbruders Nikolaus II., neben Rasputin ungetrübter Selbstherrscher aller Ruhen gewesen war, verzichtete großmütig und verächtlich auf den sonderbaren und nicht vorhandenen Thron.

Neue Komödie! Kaum hat der frühere Großfürst den Vorsitz in der Vereinigung der Emigranten niedergelegt, als auch schon vier alte Generale um die freigewordene Würde erbittert streiten.

Handelte es sich nicht um beschäftigungslose Großfürsten und Generale, — man könnte sich manchmal an gewisse Vorgänge im Moskau von heute erinnert fühlen.

müssen; denn den Verurteilten sind trotz der Begnadigungsmöglichkeit, die sich nur auf die Verbüßung der Strafe erstreckt, zu zeit die bürgerlichen und politischen Rechte entzogen.

Wenn die Angelegenheit tatsächlich jene Entwicklung nehmen sollte, die das offiziöse französische Nachrichtenbureau voraussetzt, dann wird das lebhaftig zur Folge haben, daß Rüdlin und Roffé mit bedeutend verstärkten Mehrheiten bei der Wahl wohl wiedergewählt werden. Ein solcher Beweis dafür liegt in den bedeutenden Erfolgen der Autonomisten bei den jüngsten Generalratswahlen. Eine andere Wirkung ist bei der eifässigen Psyche gar nicht denkbar. Also mozu dieser neue Fehler?

## Obregons Mörder vor Gericht.

### Beifall und Zischen für den Verteidiger.

San Angelo, 2. November.

Unter großem Andrang begann heute in dem Prozeß gegen den Mörder Obregons, Toral, und seine Mitangeklagte, die Ordensschwester Concepcion, die Wahl der Geschworenen. Im Gerichtssaal ist ein Mikrophon aufgestellt, um die Verhandlungen durch ganz Mexiko übertragen zu können. Da der Gerichtssaal nur 150 Personen faßt, wurden unter dem Saalboden Stützen angebracht, um einen Einsturz zu verhindern. Bewaffnete Polizei durchsuchte im Gerichtssaal jeden auf Waffen. Als der Hauptverteidiger Sobj vor dem Gebäude erschien, wurde er von einer zahlreichen Menschenmenge belächelt und mit Blumen beworfen. Beim Betreten des Gerichtssaales wurde er von einem Teil der Anwesenden mit Beifall, von dem anderen mit Zischen empfangen.

## Neuer Bahabitenkrieg in Sicht.

### Zwischen den arabischen Reichen.

Bagdad, 2. November. (Eigenbericht.)

Die Grenzgebiete des Irak und Transjordanien sind erfüllt vom Schrecken vor einem Winterraubzug der Bahabiten. Im Gegenzug zum Vorjahr haben diesmal die Engländer umfassende Sicherheitsmaßnahmen getroffen. Sowohl die einheimischen Grenztruppen wie britische Panzerautos und Flugzeuge sind an die bedrohten Punkte dirigiert. Es ist anzunehmen, daß die Bahabiten, die darüber unterrichtet sind, ihren Raub unterlassen und sich ein anderes Betätigungsfeld suchen werden; nämlich die gut ausgerüsteten Grenzstämme des Redschd wollen angeblich das Heilichs überfallen, so daß die große Auseinandersetzung zwischen Ibn Saud und Faisal al Derwisch bevorsteht. Hierbei wird sich der letztere nicht nur der moralischen, sondern auch der materiellen britischen Unterstützung erfreuen, weil England die Stunde für gekommen hält, seine Beziehungen zum bisherigen Herrscher der Bahabiten nach dem Verlassen aller diplomatischen Mittel in einer anderen Form zu regeln.

## Unbelehrbar!

Rüdlin und Roffé sollen ihre Kammermandate verlieren.

Paris, 2. November.

Havas meldet: Als die Kammer die Mandate der autonomen Abgeordneten Rüdlin und Roffé für gültig erklärte, war der Urteilspruch des Colmarer Schwurgerichts noch nicht rechtskräftig. Dies ist aber jetzt der Fall. Die Kammer wird daher in der am 6. November beginnenden außerordentlichen Parlamentsession entsprechend den Bestimmungen der Verfassung einen Beschluß auf Aberkennung der Mandate fassen.



